Montag, den 14. April 1924. Einzelnummer 10 Goldpfennige 35. Jahrgang. — Nr. 89

Volkswacht

für Schlesien

Bezugspreis: Die „Volkswacht“ erscheint wöchentlich 6 mal und ist durch die Haupt-Expedition: Flurstraße 4/6, durch die Buchhandlung der „Volkswacht“, Neue Graupenstraße Nr. 5, durch die Zweigstelle, Zigarrengeschäft Reichelt, Matthiasstraße 140, sowie durch alle Austräger zu beziehen. Postpreis freibleibend! Bezugspreis im voraus zu entrichten wöchentlich 0,40 Goldmark, monatlich 1.70 Goldmark. Bei Bezahlung in Papiermark nach dem Kurs am Zahlungstage.

Organ für die werktätige Bevölkerung
Verlagsort und Hauptgeschäftsstelle Breslau 2
Fernsprech-Anschlüsse: Geschäftsstelle Ring 1206. Redaktion Ring 3141.
Postscheck-Konto: Postscheck-Amt Breslau Nr. 5852.

Anzeigenpreis: Je Millimeter für geschäftliche Anzeigen aus Schlesien 10 Pf. auswärts 12 Pf. Anzeigen unter Text 30 Pf. auswärts 45 Pf., Stellenangebote 4 Pf. Familienanzeigen, Stellengesuche, Vereins-, Versammlungs- und Wohnungs-Anzeigen 8 Pf. Kleine Anzeigen pro Wort 1 Pf., das fette Wort 2 Pf. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis vormittags 11 Uhr (1 Tag vorher) in der Haupt-Expedition Flurstraße 4/6 sowie in sämtlichen Zweigstellen abgegeben werden.

Die Reparations-Verständigung.

Die neuen Lasten sind nicht leicht!

In der Berliner Linkspresse ist in Uebereinstimmung mit der Stellungnahme der „Volkswacht“ rechtzeitig und gründlich darauf aufmerksam gemacht worden, daß die Pläne der Sachverständigen Deutschland schwerere Lasten aufbürden, als sie zeitweilig früher in Aussicht standen. Im „Berliner Tageblatt“ erklärt der Sachverständige Prof. Bonn, daß die Gutachten wahrscheinlich entgegenkommender ausgefallen wären, wenn Deutschland selbst rechtzeitig positive Zahlungsvorschläge statt der „jämmerlichen“ Cuno-Politik gemacht hätte. Er hält die Endsumme der in Aussicht genommenen Jahreszahlungen für sehr hoch und tritt für die Annahme hauptsächlich unter dem politischen Gesichtspunkt der weitgehenden Sicherung für Deutscherhaltung von Ruhr und Rhein in den Gutachten ein. In der „Vossischen Zeitung“ verweist Georg Bernhard auf die ausgedehnten Kontrollmöglichkeiten, die in zurückhaltender Form in dem Gutachten für die deutschen Bahnen vorgesehen sind und auf die Möglichkeit der Einflußnahme ausländischer Stellen auf die deutsche Konsumbelastung. Er richtet seine Hauptvorwürfe an die deutschen Industriellen, die milderen deutschen Vorschlägen nicht zustimmten und daher jetzt nichts anderes übrig lassen als die Annahme, die nun auch von einem Teil der deutschnationalen Presse und von der Schwerindustrie empfohlen wird.

Heute Verständigung mit der Micum?

Ein Drahtbericht meldet uns:

Am Sonntag fanden in Düsseldorf weitere Verhandlungen zwischen der Micum und der Sachverständigenkommission statt. Sie wurden von der Aufnahme, die das Gutachten der Experten durch die Reparationskommission gefunden hat, günstig beeinflußt, sodaß man heute auf eine Verständigung hofft. Die Verhandlungen werden heute Montag vormittags 10 Uhr aufgenommen werden. Im Mittelpunkt der Verhandlungen wird die Frage stehen, wer die Sachleistungen im westfälischen Bergbau bezahlt. Bekanntlich sieht das Gutachten der Sachverständigen eine Anleihe zur Durchführung der Sachleistungen vor. Der westfälische Bergbau wünscht nun die Zusicherung, daß auch seine internationale Anleihe, seine Leistungen und Kohlen usw., rückwirkend bezahlt werden.

* * *

Weitere Drahtberichte melden:

Der deutsche Gesandte in Brüssel hatte am Sonntag eine Unterredung mit dem belgischen Außenminister über die Micumverträge. Von beiden Seiten wurde die Hoffnung geäußert, bald zu einer Verständigung zu kommen. Auch der deutsche Botschafter in Paris verhandelte bereits mit Poincaré.

Die Verhandlungen der Alliierten.

Paris, 13. April. (Eigener Drahtbericht.) In diplomatischen Kreisen rechnet man damit, daß die interalliierte Aussprache bereits in der nächsten Woche beginnen könne, wenn Deutschland sich im Laufe der Woche der Reparationskommission zur prinzipiellen Annahme der von den Sachverständigen empfohlenen Lösung bereit erklären sollte. Man glaubt, daß die englische Regierung zu diesem Zweck einen persönlichen Meinungsaustausch anregen wird und die Ministerpräsidenten der alliierten Regierungen bereits um den 25. April herum zu einer Konferenz zusammenkommen werden. Von französischer Seite dürfte dann vermutlich außer der Reparationsfrage auch das Sicherheitsproblem aufgerollt werden, dessen wenigstens provisorische Regelung zu den Bedingungen gehört, von denen Frankreich die Annahme der von den Experten unterbreiteten Vorschläge abhängig machen will. Sowohl in England, als auch in Frankreich ist verschiedentlich der Wunsch laut geworden, daß auch die Vereinigten Staaten an dieser alliierten Aussprache teilnehmen. Nach den aus Washington hier vorliegenden Nachrichten scheint dieser Wunsch in Washington auf keine Gegenliebe zu stoßen. Schon mit Rücksicht auf die bevorstehende Eröffnung des Wahlkampfes ist es wenig wahrscheinlich, daß die Regierung der Vereinigten Staaten sich zur Teilnahme an einer interalliierten oder internationalen Konferenz bereitfinden wird, wo ihre Gegenwart unfehlbar zur Erörterung der Frage der interalliierten Schulden führen müßte.

Demission des südslawischen Kabinetts.

Pasitsch will das Mandat zur Skupschtina-Auflösung erwirken.

Die „Prager Presse“ meldet: „Unerwartet hat Sonnabend Pasitsch die Demission seines Kabinetts gegeben. Die Demission erfolgte überraschend. In Kreisen der Regierungspartei erklärt man die neuerliche Demission Pasitsch damit, daß Pasitsch das Mandat zur Ausschreibung der Wahlen vom König erlangen will, um die Skupschtina aufzulösen und Neuwahlen auszuschreiben.

Die Zahl der unterstützten Erwerbslosen

ist vom 15. März bis 1. April von 977 000 auf 712 000 zurückgegangen. Die tatsächliche Besserung des Arbeitsmarktes ist allerdings geringer, da durch Aenderung der Bestimmungen der Kreis der Unterstützten gewisse Einschränkungen erfahren hat. Die Besserung ist insbesondere durch die günstigere Witterung hervorgerufen. In der Industrie zeigt sich eine einseitige Besserung bei den Verbrauchsindustrien, während die Ausfuhrindustrien noch geringe Belebung zeigen. Im besetzten Gebiet ist die Besserung, soweit überhaupt Berichte vorliegen, vergleichsweise unbedeutend.

Hebung der Produktion im Ruhrgebiet.

Essen, 12. April. (Eigener Drahtbericht.) Nach vorläufigen Berechnungen wurden im Monat März im gesamten Ruhrgebiet 8 032 026 Tonnen Kohle gefördert gegen 7 030 758 Tonnen im Februar. Davon entfielen auf das besetzte Gebiet 7 253 714 Tonnen gegen 6 371 451 Tonnen im Februar. Die Kokserzeugung im März betrug insgesamt 1 639 729 Tonnen gegen 1 298 556 Tonnen im Februar. Im besetzten Gebiet wurden davon erzeugt 1 476 455 Tonnen gegen 1 147 522 Tonnen im Februar.

Arbeitstäglich wurden gefördert im gesamten Ruhrgebiet im Monat März 368 924 Tonnen Kohle gegen 282 830 Tonnen im Februar und 396 743 Tonnen im Durchschnitt des Jahres 1913. Im besetzten Gebiet stellte sich die arbeitstägliche Kohlenförderung auf 278 998 Tonnen gegen 254 858 Tonnen im Februar bezw. 348 586 Tonnen im Jahre 1913. Die Kokserzeugung betrug arbeitstäglich im März im gesamten Ruhrgebiet 52 894 Tonnen gegen 44 778 Tonnen im Februar bezw. 62 718 Tonnen im Jahre 1913. Im besetzten Gebiet stellte sich die Kokserzeugung arbeitstäglich auf 47 628 Tonnen gegen 39 572 Tonnen im Februar bezw. 58 338 Tonnen im Jahre 1913. Im März belief sich im gesamten Ruhrgebiet die Wagenanforderung arbeitstäglich auf 25 235 Wagen, die Gestellung auf 19 304 Wagen. Im besetzten Gebiet wurden arbeitstäglich angefordert 23 024 Wagen und gestellt 17 085 Wagen. Die angegebenen Zahlen, auch die für 1913, enthalten nicht die Kohlenförderung der von der Regie betriebenen Zechen und nicht die Kokserzeugung der von der Regie betriebenen Koksanlagen.

Die neue polnische Währung.

Ein außerordentlicher polnischer Ministerrat nahm den Plan der Aenderung der polnischen Währung an. Der Wert eines Zloty wird auf 1 800 000 polnische Mark festgesetzt. Bis zum 20. Juni können alle Zahlungen in Zloty oder Mark in dem angegebenen Verhältnisse bewirkt werden. Vom 1. Juli ab ist die Mark kein gesetzliches Zahlungsmittel mehr. Marknoten, die bis zum 31. Mai 1925 nicht umgewechselt werden, verlieren an diesem Tage ihre Gültigkeit.

Französisch-rumänischer Bündnisabschluß?

Paris, 13. April. (Eigener Drahtbericht.) Ueber den Charakter des zwischen Frankreich und Rumänien in Aussicht genommenen Bündnisvertrages macht der „Matin“ folgende Mitteilungen: Rumänien sei mit der Tschechoslowakei und Jugoslawien in der Kleinen Entente vereinigt, deren hauptsächlichster Zweck sei, jeden Versuch Ungarns, den status quo in Osteuropa mit Gewalt zu ändern, in Schach zu halten. Auf der anderen Seite sei Rumänien mit Polen durch eine Militärkonvention von rein defensivem Charakter verbunden, die in erster Linie gegen die Möglichkeit eines russischen Angriffes gerichtet sei. Auf diese Weise hätten sich die durch den Friedensvertrag geschaffenen bezw. vergrößerten Länder Osteuropas gegen jede Eventualität von russischer, ungarischer und deutscher Seite hergesichert. Frankreich, das bereits mit der Tschechoslowakei und mit Polen Bündnisverträge abschloß, habe an der Aufrechterhaltung des status quo im Osten das größte Interesse. Es sei deshalb wahrscheinlich, daß diese Verträge in den nächsten Tagen in einem Abkommen ähnlicher Natur mit Rumänien ihre notwendige Ergänzung finden würden. Die französische Regierung habe jedoch in keiner Weise die Absicht, einem Bündnis mit Rumänien einen gegen Rußland gerichteten offensiven Charakter zu geben. In Paris denke man, daß Rußland und Rumänien zu einer gütlichen Verständigung über Bessarabien gelangen werden. Aber selbst wenn eine solche Verständigung scheitern sollte, werde sich Frankreich dadurch nicht von seiner bisherigen Politik abdrängen lassen, die ausschließlich die Erhaltung des Friedens und den Respekt der Verträge anstrebe.

Polen und die ostgalizische Frage.

In Lemberg hat die polnische Polizei zahlreiche Haussuchungen bei Ukrainern vorgenommen, um den Verbleib einer ukrainischen Abordnung festzustellen, die sich nach London begeben will. Der Zweck dieser Reise ist, wie der Ost-Expreß berichtet, eine Besprechung mit dem englischen Premierminister Macdonald, dem die Ukrainer über die Lage der nationalen Minderheiten in Polen und besonders in Ostgalizien berichten wollen.

Sozialdemokratische Wahlsiege in Dänemark und Finnland.

Kopenhagen, 12. April. (Eigener Drahtbericht.) **Die nun vorliegenden Ergebnisse der Reichstagswahlen bestätigen, daß die Sozialdemokratie einen glänzenden Sieg errungen hat. Sie hat statt der bisherigen 48 jetzt 55 Mandate erhalten und damit einen Gewinn von 7 Mandaten davongetragen. Auch die bürgerlichen Radikalen haben ihren Besitzstand von 18 auf 20 Mandate gesteigert, so daß die beiden Linksparteien zusammen eine absolute Mehrheit im neuen Reichstag erlangt haben. Verloren hat die linkskonservative Bauernpartei deren Mandatszahl von 52 auf 44 zurückgegangen ist, während die mit ihr koalierte konservative Partei statt 27 Mandaten 28 erlangt hat. Durch diesen Wahlausgang ist die bisherige Regierungsmehrheit zusammengebrochen und eine feste Linksmehrheit im Reichstag entstanden. Es wird erwartet, daß nun die Sozialdemokraten mit Unterstützung der bürgerlichen Radikalen unter dem Vorsitz des Genossen Stauning das neue Kabinett bilden.**

Von Interesse ist, daß in dem früheren deutsch-schleswigschen Gebiet die Sozialdemokratie große Erfolge gehabt und statt eines Mandats zwei erobert hat.

* * *

Dazu schreibt der „Vorwärts“:

Wir begrüßen den Wahlsieg unserer dänischen Genossen mit größter Genugtuung. In hartem Ringen ist es ihnen gelungen, die bisherige Rechtskoalition zu zerbrechen.

Da die Sozialdemokraten selbst über die absolute Mehrheit noch nicht verfügen, werden sie bei der Uebernahme der Regierung auf die Unterstützung der bürgerlichen Radikalen angewiesen sein. Wie weit sie herbei Bewegungsfreiheit haben werden, muß abgewartet werden. Jedenfalls muß diese Entwicklung, die außerordentliche Aehnlichkeit mit der englischen aufweist, von der gesamten Internationale begrüßt werden, da sie als ein Symptom des wiederbeginnenden Aufschwungs der Arbeiterbewegung und der Zurückdrängung der Reaktion gewertet werden kann. An der deutschen Arbeiterklasse liegt es nun, bei den bevorstehenden Reichstagswahlen dem Beispiele des britischen und dänischen Proletariats zu folgen und die immer frecher werdende Reaktion in die Schranken zu weisen.

* * *

Auch die finnischen Reichstagswahlen haben, ebenso wie die dänischen, einen weiteren starken Fortschritt der Sozialdemokratie gebracht. Zwar ist die Gesamtzahl der Arbeiterabgeordneten von 80 auf 78 zurückgegangen, aber dieser bedauerliche Rückgang, der einzig und allein der verbrecherischen Zersetzungs- und Spaltungsarbeit der Kommunisten zuzuschreiben ist, wird dadurch wettgemacht, daß ein Drittel der kommunistischen Mandate wieder an die Sozialdemokratie zurückgefallen ist, und daß die sozialdemokratische Fraktion um sieben Mitglieder verstärkt in den neuen Reichstag einzieht.

Die Zahl der kommunistischen Abgeordneten ist von 27 auf 18 zurückgegangen. Die sozialdemokratischen Mandate stiegen von 53 auf 60. Von den bürgerlichen Parteien hat die Schwedische Volkspartei 24 (bisher 25), die konservativ-finnische Sammlungspartei 37 (bisher 35), die radikal-finnische Fortschrittspartei 17 (bisher 15) und die stark nationalistische radikale Kleinbauernpartei 44 (bisher 45) Mandate erhalten. Die feste Mehrheit für eine parlamentarische Regierung fehlt auch weiterhin. Es ist anzunehmen, daß die gegenwärtige Beamtenregierung noch mindestens den Sommer über im Amte bleiben wird.

* * *

Dieses Resultat ist um so höher zu veranschlagen, als die finnischen Kommunisten, durch reichliche Geldmittel aus dem benachbarten Rußland unterstützt, fortgesetzt den heftigsten Kampf gegen die Sozialdemokratie geführt und diese, ebenso wie es die deutschen Kommunisten tun, als ihren „Hauptfeind“ betrachtet haben. Der gesunde Sinn der finnischen Arbeiterklasse hat über dieses wüste Treiben der kommunistischen Spaltungspolitiker den Sieg davongetragen. Der jetzige Wahlerfolg der finnischen Sozialdemokratie bedeutet deshalb einen Schritt vorwärts auf dem Wege zur Gesundung und Konsolidierung nicht nur der finnischen, sondern auch der internationalen Arbeiterbewegung.

Arbeiterregierungen in vier australischen Staaten.

Nur in Deutschland schämt man sich früherer Arbeiter in der Regierung.

London, 12. April. (Eigener Drahtbericht.) **Das Ergebnis der Wahlen, die unlängst in Australien stattgefunden haben, hat nunmehr sowohl in Süd- als Westaustralien einen Regierungswechsel zur Folge gehabt. In beiden Staaten hat die Arbeiterpartei die Regierungsbildung übernommen. In Westaustralien wurde Collier, ein früherer Bergarbeiter, und in Südaustralien Gunn, der ehemals Kraftwagenlenker war, Ministerpräsident. In Tasmanien und Queensland bereits Arbeiterregierungen haben, sind nunmehr vier von den sechs australischen Gliedstaaten von einem Kabinett der Labour Party regiert.**

Doppeldeutige Wirtschafts-, aktive Kreditpolitik.

Programm-Erklärungen Hamms und Schachts.

In der Ausschußsitzung des Reichswirtschaftsrats sprach

Reichswirtschaftsminister Hamm

ausführlich über die gefährlichen Wirkungen der passiven Handelsbilanz und der Einfuhrsteigerung der letzten Monate.

Der Reichswirtschaftsminister legte dar, daß die Handelsbilanz im letzten Vierteljahr 1923 im Durchschnitt einen Ueberschuß von vermutlich etwa 100 Millionen Goldmark aufgewiesen hat, während im Januar und Februar dieses Jahres die Einfuhr um 150 und 250 Goldmillionen überwog. Die Einfuhr hat gerade in Waren zugenommen, die nicht einer Steigerung der Erzeugung und insbesondere der Ausfuhr zugute kommen, sondern in erster Linie dem Verbrauch wie Baumwolle, Wolle und Häute. Auch die Einfuhr von Fertigerzeugnissen ist bedrohlich gestiegen. Entsprechend ist im Inland die Konjunktur im Bekleidungs- und Nahrungsmittelgewerbe, während in der Eisenindustrie und auf den Gebieten der Wirtschaft, die vor allem für die Ausfuhr arbeiten, die Konjunktur nicht im gleichen Maße günstig ist und die Arbeitslosigkeit nicht im gleichen Umfange zurückgeht.

So sehr auch die Schwierigkeiten an der Westgrenze zu berücksichtigen sind, so wenig entheben sie der Pflicht, das Mögliche auf dem Gebiete der Einfuhrhemmung zu tun.

Auslandsreisen sind in gewissem Sinne eine versteckte Einfuhr. Daß die Erschwerungen, die kürzlich angeordnet sind, nicht ausnahmslos durchgeführt werden können, ist der Reichsregierung klar. Ausnahmen werden durch die Ausführungsbestimmungen im notwendigen Umfange zugelassen.

Zur Steigerung der Ausfuhr bedarf es der Senkung der Preise. Die Regierung wird weiter hinwirken, daß die Preise, insbesondere der Kohlen, im unbesetzten Gebiet soweit als möglich herabgesetzt werden. An Rhein und Ruhr haben leider die Micum-Verträge bisher eine weitere Preissenkung unmöglich gemacht. Da auch die Umsatzsteuer die Wettbewerbsfähigkeit bei der Ausfuhr auf die Dauer schwer beeinträchtigt, wird erwogen, ob und in welcher Weise eine Umformung erfolgen könnte. Das gleiche gilt auch für andere Steuern, die im Drange der Not geschaffen sind, besonders die Einkommensteuer. Doch kann auch sie erst für die Dauer gestaltet werden, wenn die Reparationsfrage geregelt ist.

Die Regelung der Zahlungsweise bedarf besonderer Beachtung. Die Zahlung in Devisen ist nicht gerechtfertigt, soweit in den Warenpreisen neben ausländischen Rohstoffpreisen wesentliche Inlandsausgaben an Löhnen, für Kohlen und an deutschen Zinslasten enthalten sind, namentlich wenn ein Volksbedarf nicht anerkannt werden kann.

In der Diskussion sprachen Geheimrat Dr. Bücher (Industrieller), Genosse Dr. Hilferding, Genosse Tarnow für die Arbeitnehmer und Müller-Oberlingshausen als Vertreter der Textilindustrie.

Ueber die zum Schutze der Währung notwendige Kreditpolitik sprach dann

Reichsbankpräsident Schacht.

Er erklärte, daß die „Devisenpolizei" nach seiner Auffassung in ihrer Gesamtheit außerordentlich unwirksam und für die großen Umsätze, die letzten Endes doch für die ganze Wirtschaft dabei in Frage kommen, von minimaler Bedeutung ist.

Nun ist hier etwas Besorgnis darüber vorhanden gewesen, fuhr Dr. Schacht fort, daß einer der Redner öffentlich gesagt hat, die Rentenmark ist genau so wie die Goldmark, nur 60 Pfennige wert im Verhältnis zu den Preisen, weil nämlich das ganze Friedensniveau ein anderes war, als wir es heute in der Erhaltung der Preise haben.

Die ganzen Spareinlagen in Deutschland werden im Augenblick auf etwa 250 Millionen Mark geschätzt werden, gegenüber einer Summe von 20 Milliarden Goldmark, die wir im Frieden gehabt haben. Das beweist Ihnen am besten, daß eine Anlage in Hypothekenpfandbriefen absolut nicht in Frage kommen kann; sie ist auch effektiv nicht erfolgt. Das Problem, die Rentenmark genau paritätisch mit der fremden Valuta zu halten, ist nach meiner Meinung so lange unmöglich, als wir mehr Zahlungsverpflichtungen im Auslande haben, als wir auf anderen Wegen denn durch Rentenmark abdecken können. Die Rentenmark wird ihre Entwertung nicht behalten, wenn sie nur für inländische Zahlungen verwendet wird und wenn genügende Zahlungsmittel vorhanden sind, seien es Exportwaren, seien es Kredite oder andere Dinge, die die Auslandsverpflichtungen ablösen können.

Es ist von sehr vielen Kreisen außeracht gelassen worden, und ich komme leider immer wieder darauf zurück, daß eine Währung auf die Dauer nur eine Währung ist, wenn sie auf goldmetallischer Grundlage beruht, das heißt auf einer Grundlage, die nun einmal in der ganzen Welt ihre Anerkennung findet. Dieser Charakter der Rentenmark durfte nicht außeracht gelassen werden; es ist aber vielleicht geschehen, und ich möchte doch sagen, daß gerade in solchen Kreisen, die dem dringendsten Inlandsbedarf dienen, z. B. in der Bekleidungsindustrie, also der Schuh- und Textilindustrie, das Bestreben vorhanden gewesen ist, augenblicklich nun einmal die Konjunktur auszunutzen, um diesen ungeheuren Bedarf, der ja durch die entsetzlichen Entbehrungen der Kriegs- und Nachkriegszeit eingetreten war, zunächst zu befriedigen. Die Dinge liegen so, daß man den Abnehmern Devisenzahlungsverpflichtungen auferlegt hat, denen gegenüber doch wirklich keine Möglichkeit besteht, diese Devisen hereinzubekommen, außer daß man eine Order an die Börse schickt, man möchte Devisen gegen Rentenmark kaufen. Nun kommt der Moment, wo die kurzfristigen Kredite zurückgezahlt werden müssen; daher erklärt sich in den letzten Wochen der große Ansturm auf den Devisenmarkt.

Ich gehe mit Dr. Hilferding darin einig, daß diese Kreditgewährung der Reichsbank ein sehr schnelles Tempo eingeschlagen hat. Ich habe es für meine Pflicht gehalten, zu allererst einmal die landwirtschaftlichen Kredite in dem Umfang zu geben, in dem angenommen werden konnte, daß eine ausreichende Bestellung und damit eine ausreichende Ernte für den Herbst sichergestellt werden könnte.

Wenn wir eine Regulierung des Geldbedarfs durch den Diskont erzielen wollten, dann, fürchte ich, gibt es für den Diskont überhaupt keine Grenze. Denn es wird auf lange Zeit hinaus Kreise geben, die unter unter allen Umständen, und wenn es das halbe Vermögen kostet, Geld und Kredite haben müssen und infolgedessen jeden Zinssatz zahlen. Nun kommt noch hinzu, daß ich, wenn ich nun schon über 600 Millionen Kredite an die Landwirtschaft habe geben müssen, diese Produktion doch unmöglich mit Sätzen belasten kann, die auf 20 oder 30 v. H. hinaufgehen. Das schlägt an die Wurzeln des ganzen Wirtschaftslebens. Ich kann bei der Reichsbank immer nur vorgehen auf dem Wege der reinen Kreditverteilung, der willkürlichen Kreditverteilung, der willkürlichen Kreditrestriktion. Und da bin ich zurzeit in einer nicht sehr glücklichen Lage, weil die Reichsbank heute in viel geringerem Grade als früher das kontrollierende Organ des Geldmarktes ist. Wir haben heute nicht nur die Reichsbank als Geldlieferant, sondern wir haben unendlich viele Kassen, die unabhängig von der zentralen Gewalt des Reiches ihre Gelder ganz nach Belieben über den Geldmarkt ausschütten. Auch die Loslösung von Post und Eisenbahn aus dem allgemeinen Budget hat dazu geführt, daß die Gelder von Post und Eisenbahn heute nicht mehr den zentralen Weg gehen, sondern an allen Ecken und Enden des Geldmarktes erscheinen. Es darf nicht sein, daß eine Staatsstelle Geld zu einem höheren Satze ausleiht, als es das zentrale Währungsinstitut selber ermöglichen kann, nur weil sie dadurch einige Einnahmen mehr hat.

Die Goldnotenbank hat im Laufe der Entwicklung eine Reihe von Wandlungen durchgemacht. In ihrem Ursprung geht sie auf die Zeit der stärksten Inflation zurück, wo die Rentenmarklösung noch nicht in einem fertigen Stadium war. Dann hat sich später im Laufe der Zeit der Kreditbedarf in viel stärkerem Maße in den Vordergrund gedrängt, und nachdem die Lösung der Rentenbank gefunden war, ist die Frage der Errichtung eines Kreditinstituts auf Goldbasis in den Vordergrund getreten.

Darüber hinaus ist die Notenfrage meines Erachtens ganz nebensächlich. Dagegen haben wir unser Augenmerk bei der Golddiskontbank sofort darauf gerichtet, daß wir uns über das eigene Kapital hinaus weitere Kreditmöglichkeiten gesichert haben, und diese Kreditmöglichkeiten konnte die Bank am besten in der Form finden, daß, wo immer in der Welt die Flüssigkeit des Geldmarktes die Heranziehung von Krediten gestattete, dort die Kredite in Anspruch zu nehmen waren. Mit anderen Worten: an die Stelle eines von einer Seite gegebenen langfristigen Kredits, der dann auf diese Summen beschränkt war, trat das System der jeweiligen Inanspruchnahme der Geldmärkte in den verschiedenen Geldländern der Welt durch eine sich immer wiederholende oder sich bald verschiebende, von einem Platz zum andern überspringende Rediskontierung von Wechseln. Ich glaube, daß dieses System sich außerordentlich gut auswirken wird. Denn ich kann Ihnen hier verraten, daß wir **von allen Seiten mit Anträgen angegangen werden, ob wir nicht für diesen und für jenen Platz solche Rediskontkredite in Anspruch nehmen wollen,** Anträge, die wir selbstverständlich nicht etwa abgelehnt haben, sondern die wir von Fall zu Fall zu prüfen, behandeln und eventuell abschließen werden.

* * *

Die Ausführungen des Reichsbankpräsidenten tragen der Kritik Rechnung, die wir in der letzten Zeit wieder mehrfach an der für die Markstabilisierung zeitweise nicht ungefährlich aussehenden entgegenkommenden Kreditpolitik üben mußten. Wir können anerkennen, daß Dr. Schacht unsere Bedenken nicht nur durch Zusagen, sondern auch durch positive Mitteilungen über die ihm neuerdings gemachten Auslandskreditangebote beruhigt hat. Banktechnisch wird im ganzen jetzt sehr gut bei uns gearbeitet, wirtschaftspolitisch leider nicht.

Dem Reichswirtschaftsminister können wir nicht zustimmen. Nur, was er über die Notwendigkeit der Preissenkung sagt, unterschreiben wir selbstverständlich. Seine Praxis gegenüber den preistreibenden Kartellen entspricht diesen Worten allerdings noch nicht und daher sehen wir auch, daß die Indexziffer steigt, während der Wirtschaftsminister für ihre Senkung — redet. Durch Absperrungsmaßnahmen aber wird unseres Erachtens die ungünstige Handelsbilanz für unser Land mit seiner inneren „freien" Wirtschaft und entsprechend tausend Umgehungsmöglichkeiten nicht wesentlich gebessert werden, dagegen die Preissenkung erschwert. Energische Preissenkung würde Belebung der Ausfuhr schon von selbst mit sich bringen. Wenn statt bisher fünf kleinere Kartelle jetzt rasch zehn große aufgelöst werden, würden angesichts der Absatzstockung die einzelnen Firmen von selber die Preise herabsetzen. Ob der bürgerlich-demokratische Wirtschaftsminister sich dazu gegenüber mächtigen Interessenten entschließen kann, ist eine andere Frage. Auch diese wird erst bei den Wahlen entschieden. Siegt die Rechte, so bekommen wir noch mehr Rücksicht auf die Profit- und Preispolitik der Unternehmer, Schutzzölle usw. Siegt die Sozialdemokratie, so siegen durch sie die Konsumenten, von deren Besserstellung auch die Produktion neuen Antrieb empfangen würde. Wähler, denkt daran! —m.

Die Neuregelung der Fürsorgepflicht.

Der Ständige Ausschuß des Preußischen Landtages hat dieser Tage die preußische Durchführungsverordnung zur Fürsorgepflicht beraten und verabschiedet. Die Haupttendenz der Verordnung ist, daß die gesamten Fürsorgelasten auf die Stadt- und Landkreise, die zu Bezirksfürsorgeverbänden erklärt sind, abgewälzt werden und nur wenige Aufgaben den Provinzen (Landesfürsorgeverbänden) vorbehalten bleiben. Die Kreise können die Durchführung der Fürsorgeaufgaben ganz oder teilweise an die Gemeinden übertragen. Kreisangehörige Gemeinden und engere Gemeindeverbände mit mehr als 10 000 Einwohnern können die Uebertragung der Fürsorgeaufgaben beantragen. Diesem Antrag muß entsprochen werden, wenn nicht die Durchführung durch den Bezirksfürsorgeverband selbst für eine wirtschaftliche gesunde Erfüllung der Fürsorgeaufgaben erforderlich ist. In Streitfällen entscheidet ihr Bezirksausschuß endgültig über den Antrag. Die bürgerlichen Parteien waren zum Teil bemüht, die Uebertragung der Fürsorgeaufgaben an die Gemeinden in möglichst weitgehendem Umfange durchzusetzen und sie mit einem Teil des Aufwandes zu belasten. Der Fürsorge selbst wäre damit ein sehr schlechter Dienst erwiesen worden. Im Falle der Uebertragung der Fürsorgeaufgaben an Gemeinden oder engere Gemeindeverbände hat der Bezirksfürsorgeverband ihnen einen Betrag zur Verfügung zu stellen, der nach den bisherigen Erfahrungen zur Deckung von ¾ der entstehenden Ausgaben ausreicht. Für den Rest der Ausgaben sind die Gemeinden an der Hauszinssteuer zu beteiligen. Die näheren Bestimmungen treffen die zuständigen Minister, wobei der nicht vom Kreise getragene Teil des Fürsorgeaufwands angemessen zu berücksichtigen ist. Eine Beteiligung der Fürsorgeberechtigten an der Durchführung der Fürsorge wurde außer einer beschränkten Mitwirkung der Kriegsbeschädigten und Kriegerhinterbliebenen bei den Landes- und Fürsorgeverbänden von allen bürgerlichen Parteien abgelehnt. Dagegen wurde ein Zentrumsantrag, die Verbände und Einrichtungen der freien Wohlfahrtspflegen in möglichst weitem Umfange bei der Fürsorge zu beteiligen, angenommen. Ein wiederholter Antrag der sozialdemokratischen Vertreter auf Bildung eines Landesausschusses beim preußischen Wohlfahrtsministerium, der vor Erlaß von allgemeinen Grundsätzen und Richtlinien gutachtlich gehört werden sollte, wurde vom Wohlfahrtsminister Hirtsiefer bekämpft und von allen bürgerlichen Parteien abgelehnt. Die Fürsorgeberechtigten müssen daraus die Schlußfolgerung ziehen, daß sie nach Ansicht des preußischen Wohlfahrtsministers und der bürgerlichen Parteien nur Objekt der Fürsorge sein sollen, im übrigen aber nichts zu sagen haben, ja nicht einmal gutachtlich gehört werden dürfen.

Der Bürger.

Roman von Leonhard Frank.

46] (Nachdruck verboten.)

Sorgfältig gekleidet, durch Bad, reine Wäsche und durch das Beisammensein mit Elisabeth erfrischt, schritt er, beherrschte Kraft in den Gliedern, lebensfroh dem verabredeten Orte zu, sah Katharina stehen, sah sekündlich den unüberschreitbaren Abgrund, den seine momentanen Gefühle zwischen ihm und Katharina aufrissen, blieb stehen, stand an dem Rande des Abgrundes, der nur gleichzeitig mit diesen neuen Gefühlen verschwinden konnte, die schon nicht mehr verschwinden konnten, tappte über den Rand des Abgrundes hinaus, stand und schritt auf Luft. Wildes, besinnungsloses Aufsteigenwürzen kam in seinen Gang und falsche Wiedersehensfreude und gleichzeitige Scham in sein Gesicht.

Sie aber stand, ein Mensch, grau und wissend und bewußt, und nahm auf sich ihr Schicksal. So blickte sie ihn an.

„Wie die leben, die Bürger! Die, ah, die wissen schon, was sie wollen . . . Aber was alles sie zusammenredet, die Tante, du machst dir keinen Begriff . . . Für die ist alles höchst einfach."

„Deine Tante will, daß es dir gut gehe; sie will, daß du Elisabeth Wagner heiratest." Sie horchte auf sein falsch-herzhaftes Lachen und fühlte: Wie weit, wie weit ist er schon weg.

„Wahrhaftig, du sagst es. Genau das will sie . . . So ein Unsinn! . . . Hab mich aber ganz gut mit ihr unterhalten. Sie ist nicht dumm, weißt du, und eigentlich gar nicht bürgerlich . . . . Ein liebenswürdiges Geschöpf."

„Ja, Jürgen, sie ist ein kluges Mädchen, ein liebenswertes Mädchen."

„Kennst du sie denn so gut, weil du sagst, sie sei ein liebenswertes Mädchen?"

„Weshalb denn kein liebenswertes Mädchen, Jürgen, weshalb nicht liebenswert," sagte Katharina in schwerem Leid und dachte: Wie wiegen die Worte so schwer . . . fallen wie Blei.

„Sie hat sogar deine Partei ergriffen, hat dich verteidigt."

„Wie ist es möglich, daß er mich so beleidigt." Die Häuser neigten sich; die Straße drehte sich um Katharina herum. Sie mußte sich festhalten an Jürgen, nicht zu versinken in dem schwarzen Nebel vor ihren Augen.

„Du arbeitest zu viel; solltest dich schonen, etwas mehr schonen."

Da riß ihr Blick, in dem nicht Zorn und nicht einmal mehr Verachtung war, alle Masken und jede Selbstbelügung weg und traf ihn so, daß er plötzlich vor der Tatsache stand.

Seine Stimme war rauh: „Entscheide du! Laß mich leben oder knalle mich nieder; aber entscheide du!" schrie, völlig preisgegeben, sein Wesen. Die Augen glotzten.

Sie schwieg, bewegte den Kopf nicht. Nichts rührte sich an ihr. Ihr Blick blieb blicklos.

Und Jürgen wußte, daß auf der Welt nur er allein entscheiden konnte, gestand zum erstenmal sich ein, daß er sich schon entschieden hatte. „Geh, Katharina, geh, geh du nach Hause jetzt, Katharina." Seine Stimme ertrank in innerlichem Weinen. „Schlafe gut."

„Schlafe du auch gut."

Das war der Abschied.

Ihr Leben öffnete sich bis in die frühen Kindheitstage. Sie sah die lange Kette des Leides und der Hingabe. Sah, was ihr noch verstattet und beschieden sein konnte. Sie nahm ihr Leben an die Brust.

„Du auch, schlafe du auch gut," flüsterte Jürgen immerzu und mußte dem Zwange folgen, immer in die Mitte der Steinplatten zu treten, mit denen der Gehweg belegt war. Um nicht auf eine Ritze zu treten, mußte er drei ganz kleine Schritte machen. „Schlafe du auch gut." Und einen Sprung, da eine große Platte kam. „Du auch gut."

Ueberquerte halb die Straße, lief zwischen den Schienen weiter. Die Straßenbahn kam auf ihn zu gesaust. „Entscheide dich! Entscheide dich!" schrie er, gepackt von dem Zwange, die Schienen erst verlassen zu dürfen, nachdem er bis zehn gezählt hatte. „. . . zwei . . . fünf . . . acht, neun, zehn . . ."

„Noch bis fünfzehn!" schrie er. Zählte: „. . . zwölf, dreizehn, vierzehn . . ."

Und erwachte zwei Tage später im Schlafzimmer der Tante, Kopf und Beine in dicken Verbänden. Elisabeth saß bei ihm.

VI.

Duftlose Blumen standen im Krankenzimmer. Phinchen trug ihr Glück auf den Zehenspitzen, auch wenn sie im Keller oder im Dachboden war. „Die Pflege muß besser sein, als im besten Sanatorium", stand auf unsichtbaren Tafeln. In der Villa wurde nur noch geflüstert. Wenn die Tante einen Auftrag zu erteilen hatte, schlich sie, balanzierend, auf Phinchens rund sich öffnenden Mund zu. Jürgen war unumschränkter Herr und zugleich das Kind im Hause, wohlbehütet Tag und Nacht.

Im Garten schaffte der Frühling. Wenn Jürgen auf dem Sonnenbalkon im Liegestuhl ruhte, an warmen Tagen stundenlang wachträumend vor sich hindöste, sah er, wie das Sein, das Leben, die Sträucher in sich leise zuckten, wie ein Blättchen sich aufrollte, der Sonne entgegen.

Halb fühlte und halb dachte er: Mein Leben steigt noch einmal von Grund auf an. Eine zweite Kindheit! Mein Leben rollt sich auf, so sanft, so mild.

Im Halbschlafe ging er über Brücken, immer wieder von neuem und immer weiter über Brücken. „In dieser Gegend gibt's nur Brücken. Nichts als Brücken!"

Keine Schärfe war in dem Geschwächten. Kein Wunsch berührte ihn. Alle Kämpfe, alle Leiden lagen weit zurück. Katharina lebte ganz verblaßt in blauer Ferne.

Seine weichen, beglückenden Seelenstimmungen, die Wohlgefühle der Gesundung und seine unbestrittene Macht über die Tante, die den Zurückgekehrten wie einen tausend Gefahren entronnenen, schwerverwundeten Krieger betreute, erhielten ihren Grundgehalt von dem Gefühle: „Ich habe diese Ruhe mir verdient!" Alles fügte sich widerstandslos ineinander.

„Ich verabschiede mich von Katharina", konnte Jürgen ohne Erinnerungsschwierigkeit erzählen, als er, frei von den Verbänden, heiler Haut und Elisabeth am Arme, dem weißgedeckten Kaffeetisch unter dem Nußbaum zuschritt, „verabschiede mich wie immer: Gute Nacht, Katharina, schlafen Sie gut. Wie man eben so sagt, nicht wahr. Schlafen Sie auch gut, antwortet sie mir. Und ich gehe die Straße hinunter, beschäftigt mit einem Gedanken, allerdings mit einem jener entscheidenden Gedanken, — ich nenne sie Mittelpunktgedanken — die uns das ganze Leben plötzlich von einer völlig neuen Seite sehen und verstehen lassen."

Auch an dem Unglücksfall ist dieses entsetzliche Mädchen mit ihren verrückten Ideen schuld, hatte die Tante, als Jürgen ins Haus gebracht worden war, zu Phinchen gesagt. Jetzt ließen Angst und Scheu vor dem Zurückgekehrten nicht einmal die Erinnerung daran, daß sie dies gesagt hatte, in ihr aufkommen.

Bereit, den Satz nicht zu Ende zu sprechen, sagte sie vorsichtig: „So tiefsinnige Gespräche sind vielleicht nichts für einen Rekonvaleszenten."

(Fortsetzung folgt.)

Der Reichstagswahlkampf.

Der neue Reichstagswahlstimmzettel.

Der Amtliche Preußische Pressedienst schreibt:

Im Gegensatz zu dem bei den früheren Wahlen verwendeten Stimmzettel ist für die kommende Reichstagswahl ein sogenannter Einheits-Stimmzettel eingeführt worden. Dieser unterscheidet sich von dem früheren dadurch, daß auf ein und demselben Zettel sämtliche für den Wahlkreis zugelassenen Kreiswahlvorschläge abgedruckt sind. Jeder einzelne dieser Vorschläge enthält die Parteibezeichnung und darunter die Namen der vier ersten Bewerber. Links neben diesen Namen jedes Wahlvorschlags befindet sich ein durch einen Kreis gekennzeichneter freier Raum. Die Kreiswahlvorschläge sind in der Reihenfolge, wie sie zeitlich beim Kreiswahlleiter eingehen, fortlaufend numeriert.

Die Stimmzettelumschläge sollen 12×15 Zentimeter große, undurchsichtig und amtlich abgestempelt sein. Die Größe des Stimmzettels richtet sich nach der Zahl der zugelassenen Kreiswahlvorschläge; doch muß er sich, ein- oder zweimal gefaltet, leicht in den Umschlag einlegen lassen. Während früher die Beschaffung und Verteilung der Stimmzettel Sache der Parteien war, die auch zunächst die Kosten hierfür aufzubringen hatten, werden nunmehr die Stimmzettel für die Reichstagswahlen ausschließlich durch die Landesregierungen amtlich hergestellt und den Gemeinden zur Weitergabe an die Abstimmungsvorsteher überwiesen. Sie werden nebst Umschlägen in ausreichender Zahl nur noch in den Wahllokalen bereit gehalten. Dort erhält jeder Stimmberechtigte einen Umschlag nebst einem Stimmzettel. Damit begibt er sich in den Nebenraum oder an den mit einer Vorrichtung gegen Sicht geschützten Nebentisch. Dort kennzeichnet er auf dem Stimmzettel durch Ankreuzen innerhalb des hierzu bestimmten Kreises oder durch Unterstreichen oder in sonst erkennbarer Weise denjenigen Kreiswahlvorschlag, dem er seine Stimme geben will. Es ist Vorsorge getroffen, daß Schreibgerät in den Abstimmungsräumen bereit gehalten wird. Doch wird jedem Wähler empfohlen, sich mit eigenem Bleistift versehen zur Wahl zu begeben.

Die Spaltung der Volkspartei: 2 Listen!

Ein eigener Drahtbericht meldet uns: Gestern tagte die „Nationalliberale Vereinigung" für die Provinz Brandenburg in Berlin. Es wurde beschlossen, für die Wahlkreise Potsdam I und II, Berlin und Frankfurt eigene Listen aufzustellen. So zieht die Nationalliberale Vereinigung selbständig in den Wahlkampf. Listenführer ist unter anderem Dr. Maretzki.

Ein völkischer Agitator als Judenfreund.

Als neuester Agitator und Referent der Deutschvölkischen Freiheitspartei tritt in Schlesien jetzt der frühere Major Westphal auf. Unter dem Decknamen „Theodiscus" hat er bereits seit längerer Zeit Vorträge zur Rechtfertigung Ludendorffs gehalten, die sachlich so wirr waren, daß sie wohl nur bei ganz blauen Heldenverehrern Wirkung erzielten, die niemals General Hoffmann, Payer oder Ludendorffs eigene Kapitulationstelegramme vom Oktober 1918 lasen. Bemerkenswert ist, daß Herr Westphal, in dessen Versammlungen jetzt Juden nicht zum Wort gelassen werden, noch vor wenigen Wochen in seinen Versammlungen gerade in der Judenfrage noch ziemlich objektiv war und insbesondere als früherer Front-Offizier die Leistung der jüdischen Kriegsfreiwilligen ehrlich anerkannte. Damals bemühte er sich auch um die Unterstützung seiner Vorträge durch jüdische Geschäftsleute... Jetzt scheinen seine Kriegserinnerungen plötzlich undeutlich geworden zu sein, da er sonst doch kaum in den Dienst der Hetzpartei treten konnte, die auch die von ihm verherrlichten Kriegsfreiwilligen aus dem Lande herauswerfen oder wenigstens aller Menschen- und Bürgerrechte entkleiden will.

Antisemitismus — aber nicht gegen die reichen Juden.

Dem völkischen „Deutschen Tageblatt" ist ein Schreiben des Vorstandes der Deutschnationalen Partei in die Hände geraten, worin der Vorwurf beantwortet wird, daß im Deutschnationalen Kreisverein Breslau der Jude Schottländer Vorstandsmitglied schon bei den Konservativen gewesen und daher nicht im eigentlichen Sinne als Jude zu bezeichnen und zu behandeln. Außerdem ist Herr Schottländer bekanntlich ein schwerreicher Guts- und Fabrikbesitzer und der Antisemitismus ist doch bekanntlich nur dazu da, um das Volk gegen die paar linksstehenden Juden aufzuhetzen, die es mit den wirtschaftlich und politisch Unterdrückten halten!

Der Richtungsstreit in der KPD.

Klara Zetkin durch Ruth Fischer ersetzt.

Der „Soz. Parl.-Dienst" meldet: Ende der Woche tagte in Berlin illegal der Parteitag der Kommunistischen Partei. Auf diesem Parteitag wurden die Diskussionen, die seit Januar in der Kommunistischen Partei über die Oktober-Niederlage der Kommunisten geführt wurden, abgeschlossen. Die Partei-Linke, unter der Führung von Ruth Fischer, trug einen vollständigen Sieg über die Rechte und das Parteizentrum davon. Alle rechten Führer wurden aus der Zentrale ausgeschieden. Bei der Wahl zur Zentrale unterlag Klara Zetkin mit wenigen Stimmen. Sie wird künftig der kommunistischen Zentrale nicht mehr angehören. Als Konzession der Linken an das Parteizentrum wurden in die Zentrale Eberlein, Hörnle und Remmele hineingenommen. Der Kurs der Kommunistischen Partei wird also künftig von der Partei-Linken bestimmt.

„Enthüllungen" der Kommunisten

bestehen im Abdruck ihrer eigenen Putschpläne von 1919, die sie jetzt als Erfindungen der sozialdemokratischen Presse hinstellen. Gleichzeitig feiert die ganze kommunistische Internationale die damaligen Kommunistenputsche gegen die rein sozialistische Regierung der Volksbeauftragten als historische Heldentaten. Also erstens waren die Putsche gar nicht beabsichtigt, zweitens waren sie eine kommunistische Heldenleistung. Wer das nicht zusammenreimen kann, weiß eben noch nicht, was kommunistische „Dialektik" ist!

Reichstagskandidat Hölz.

Das ist der neueste kommunistische Agitationstrick. Im Wahlkreis Chemnitz-Zwickau ist dieser zu lebenslänglichem Zuchthaus und dauerndem Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte verurteilte „Märtyrer" zum Spitzenkandidaten der Kommunisten erkoren worden.

Nun gilt es, den Wählern zu zeigen, was für Reaktionäre doch die Sozialdemokraten in führenden Staatsämtern sind. Das ist der Zweck der Uebung. Reichspräsident Ebert soll zunächst „entlarvt" werden. Ein Antrag der Kommunistischen Partei Chemnitz-Zwickau verlangt, daß der Reichspräsident Hölz für den Wahlkampf sofort freiläßt und ihm die bürgerlichen Ehrenrechte wiedergibt.

„Seht euch diese Nummer Sozialdemokrat an," werden die Kommunisten schreien, wenn der Antrag abgelehnt wird. Darüber aber, daß die Kommunisten ihren Max Hölz als einen Räuberhauptmann zunächst selbst abgelehnt und sich erst für ihn erwärmt haben, als sie ein Parteigeschäftchen dabei witterten, schweigen sie klug.

Es wäre eine Preisrätselfrage, welche Agitation schmieriger ist, die völkische oder die kommunistische.

Wohin führt der „Zug nach rechts"?

Nach einer Meldung der „Vossischen Zeitung" ist der frühere Reichstagsabgeordnete von Oldenburg-Januschau aus der Deutschnationalen Volkspartei ausgetreten. Er dürfte „völkisch" werden. Oder will er seine jüdischen Bankverbindungen nicht lösen, was jetzt die Deutschnationalen zum Teil fordern?

Breslau (Land)-Neumarkt.

Klettendorf. Gemeindevertretung. In der letzten Sitzung wurde der Gemeindehaushaltsvoranschlag für 1924/25 aufgestellt, der in Einnahmen und Ausgaben mit 65 000 Mark abschließt. Unter letzteren sind folgende größere Posten von allgemeiner Bedeutung: Für die Schulen 15 000 Mark, Kreisabgaben 13 000 Mark, Armen- und Wohlfahrtspflege 5000 Mark, Gehälter 8000 Mark, für Bauten und Reparaturen der Gemeindehäuser 6000 Mark, Amts- und Standesamtsverwaltung 2500 Mark, für die Feuerwehr 600 Mark, Bürobedürfnisse 2500 Mark, und zur Verfügung der Gemeindevertretung 2000 Mk.

Um diese Ausgaben, die gegen das Jahr 1914 um 19 000 Mark gestiegen sind, zu decken, wurde die Grundvermögenssteuer mit 150 Prozent, die Vorauszahlung zur Gewerbesteuer mit 200 Prozent Zuschlägen festgesetzt und bringt erstere rund 20 000, letztere 9000 Mark ein. Die Anteile der Reichseinkommen-, Körperschafts- und Umsatzsteuer sind auf rund 16 000 Mark berechnet, Hunde- und Lustbarkeitssteuer sollen 2500 Mark einbringen.

Wie sehr die Steuerkraft der Gemeinde geschwächt wurde, beweist am besten der Umstand, daß früher die Zuschläge zur preußischen Einkommensteuer 75 Prozent aller Ausgaben deckten, die Anteile, die wir heut vom Reich erhalten, aber nur reichlich 20 Prozent betragen. Dagegen ist die Belastung durch neue Gesetze eine viel größere als 1914. Zur Deckung muß dann immer die Grundvermögens- und Gewerbesteuer herhalten, was naturgemäß nach außenhin den Anschein erweckt, als käme die steuerliche Härte nur durch die neue Gemeindeverwaltung.

Es ist dringend erwünscht, wenn den Gemeinden ein Zuschlagsrecht auf die höheren Einkommen, — vielleicht von 5000 bis 6000 Mark an — zugestanden würde.

In den Wahlvorstand zum 4. Mai wurden folgende Personen gewählt: 1. Eisenbahnassistent Paul Rother, 2. Gutsbesitzer Hermann Dickfeld, 3. Schuhmachermeister Oskar Peltri, 4. Frau Anna Berger, 5. Schlosser Karl Seewald, 6. Fabrikbeamter Max Ulbrich als Beisitzer, 7. Gemeindesekretär Hermann Langer als Schriftführer.

Darauf gab der Gemeindevorsteher einen Bericht über den körperlichen Zustand der Kinder, der anläßlich einer allgemeinen schulärztlichen Untersuchung festgestellt wurde. Obwohl in der Gemeinde seit 4 Jahren täglich 80 bis 100 Kinder gespeist wurden und die Gemeinde in sozialer Fürsorge Außerordentliches geleistet hat, ergab die Untersuchung, daß über 50 Prozent aller Kinder körperliche Mängel aufwiesen. Lungentuberkulose, Skrofulose, Rückgratverkrümmung, Rhachitis, vor allen Dingen aber zahlreiche Mund- und Zahnerkrankungen wurden festgestellt, und erhalten zurückgebliebene, schwächliche Kinder täglich für längere Zeit Lebertran. Der schlechte Gesundheitszustand der Kinder ist vor allen Dingen auf die seit 1914 währende Unterernährung und die oftmals außerordentlich traurigen Wohnungsverhältnisse zurückzuführen, ein Beweis, welche furchtbaren Folgen der Krieg selbst an unschuldigen Kindern zurückläßt.

Langfristige Erwerbslose sollen zum Ankauf von Kleidung, Wäsche und Schuhen einen zinslosen Kredit erhalten und wurden zu diesem Zweck 1000 Mark bereitgestellt.

Zum Schluß berichtete der Gemeindevorsteher über die Verhandlung zur Errichtung einer Gedächnisstätte für die gefallenen Krieger, die zwischen der Gemeinde und dem Kriegerverein stattgefunden haben. Den Gefallenen zu Ehren soll ein sinngemäßes Denkmal auf der Rumbaumwiese errichtet werden, doch ist es notwendig, daß als Ersatz für die dadurch verlorene Spielwiese der Jugend ein anderer Platz bereitgestellt wird. Letztere Frage wird von der Firma vom Rath, Schoeller und Skene in äußerst entgegenkommender Weise geregelt werden.

Zum Schluß dankte der Gemeindevorsteher den Herren Gemeindevertretern für das in den 5 Jahren bewiesene Vertrauen sowie für die freundliche und verständnisvolle Mitarbeit und sprach die Hoffnung aus, den größten Teil der Herren nach dem 4. Mai wieder begrüßen zu können.

Die Völkischen in Thüringen terrorisieren den Ordnungsblock.

Dauernde Regierungskrise statt der früheren SPD.-Regierung.

Weimar, 12. April. (Eigener Drahtbericht.) Die Regierungskrise in Thüringen konnte bisher trotz eifriger Bemühungen der Regierungsparteien nicht beigelegt werden. Der Vorschlag der Ordnungsparteien, an Stelle des zurückgetretenen Finanzministers Dr. Stolze den Staatsrat von Altenburg v. Kluechtener zu wählen, findet bei den Völkischen keine Unterstützung. Sie bestehen vorläufig noch darauf, daß zunächst der Staatsbankpräsident Loeb sofort von seinem Posten entfernt wird. In der Sonnabendsitzung des Landtags erklärte Dr. Dinter im Namen der völkischen Fraktion: „Anläßlich der Besprechung des Regierungsprogramms haben wir keinen Zweifel darüber gelassen, unter welchen Bedingungen wir für die Regierung eintreten werden. Wir haben als erstes von der Regierung verlangt, daß sie alle Juden bedingungslos aus den Aemtern entfernen müsse." Tüchtige Juden müssen erst recht fort! — Der Landtag vertagte sich dann auf Dienstag, um den Parteien Gelegenheit zu geben, zu der Frage der Regierungsergänzungswahl Stellung zu nehmen.

* * *

Die thüringische Bürgerregierung ist bekanntlich dadurch zustandegekommen, daß die Völkischen unter Führung des Schundromanschriftstellers Dinter und die Demokraten unter Führung von Prof. Rosenthal zusammengingen, um die Sozialdemokraten auszuschalten. Jetzt nutzen die Dinterleute die Abhängigkeit der Bürgerregierung von ihren Stimmen in so unsachlicher Weise aus, daß auch die Minister, die teils Deutschnationale, teils Volksparteiler sind, Bedenken tragen, ihnen nachzugeben. Dinter erklärt selbst, daß er sachlich an dem erfolgreichen Staatsbankpräsidenten Loeb nichts auszusetzen habe, daß seine Pensionierung auch sehr teuer wäre, aber er sei Jude und Sozialdemokrat und müsse daher weg. Nachdem eine ähnlich beeinflußte Bürgerregierung in Mecklenburg einen so hervorragenden Fachmann wie den Polizeiobersten Genossen Lange, einen anerkannten Frontoffizier und Organisator und andere qualifizierte Fachbeamte abbaute, kann ein Sieg der unsachlichen Futterkrippenpolitik unter Bürgerblockherrschaft nicht mehr wunder nehmen. Wie rücksichtsvoll ging im Vergleich dazu die Sozialdemokratie gegenüber reaktionären Beamten von Fachqualität vor, indem sie nur rein politische Posten mit Politikern ihrer Richtung zu besetzen suchte! Wenn die Völkischen jetzt das politische Beutesystem in den Kampf um die technischen Verwaltungsposten einführen wollen, werden wir ihnen darin nicht folgen, weil der Staat uns für unsere Ziele ein zu wertvolles Instrument ist, als daß wir Schindluder damit spielen wollten. Aber in der Säuberung der Büros von verfassungsfeindlichen Elementen wird ihre Methode Schule machen können.

Großpreußische Töne des Volksparteiministers v. Richter.

Bei der Beratung des preußischen Haushalts für das Jahr 1924 durch den preußischen Staatsrat erklärte am Sonnabend Finanzminister Dr. v. Richter, daß der parlamentarische Apparat, insbesondere der Landtag mit über 400 Mitgliedern, abgebaut werden müsse, zumal im Gegensatz zu früher der Abgeordnete jetzt für volle 12 Monate seine Aufwandsentschädigung beziehe. Viele Bestimmungen der Weimarer Verfassung erklärten sich aus dem Bestreben, den Einheitsstaat zu erreichen. Es habe sich aber herausgestellt, daß der Einheitsstaat „der Mentalität des deutschen Volkes nicht entspreche". (?) Gegenwärtig seien wir von einem deutschen Einheitsstaat weiter entfernt als je, daher müsse versucht werden, Preußen innerhalb des Reiches seine frühere Stellung wiederzugeben. Einem starken Preußen stünden jedoch eine Reihe von Bestimmungen der Reichsverfassung entgegen, vor allem auch die Schwächung Preußens im Reichsrat.

* * *

Wir können Herrn v. Richter in diesen Gedankengängen trotz Anerkennung der Leistungen der preußischen Koalition nicht folgen, weil jede Erweiterung der preußischen Sonderrechte die Strömung für bayrische, für mecklenburgische und andere Partikularismen stärken muß. Verzweiflung an der Verwirklichung des deutschen Einheitsgedankens durch das Reich scheint uns eine sehr bedenkliche Grundstimmung für jede deutsche Politik. Nach der Verständigung im Westen dürfte die Ausschaltung der rheinischen Sonderbundagitation die Verstärkung der Reichsgewalt unter gleichzeitiger Neugliederung der innerstaatlichen deutschen Landesgrenzen leichter machen als in den letzten Jahren. Der bayrische Partikularismus, dessen Verfassungsrevision eben mit Mehrheit von den bayrischen Wählern abgelehnt wurde, wird sich einer solchen deutschen Einheitspolitik dann schwerer widersetzen können, als einer großpreußischen, mit der er sich zeitweise nur zu gern auf Kosten des Reiches verständigte.

Aus Schlesien.

An alle Jugendtags-Teilnehmer!

Eilt sehr!

Liebe Freunde!

Bald nach der Ankunft in Schweidnitz müßt Ihr Euch ins Quartierbüro begeben. Dort hat Euer Führer folgende Sachen in Empfang zu nehmen:

1. Quartierkarten,
2. Teilnehmerkarten,
3. Programme zu allen Veranstaltungen.

In der ganzen Stadt kleben Plakate, auf denen Ort und Zeit aller Veranstaltungen genau angegeben ist. Achtet darauf! Eine vorherige Uebersendung von Programmen und Karten findet also nicht statt.

Es ist weiter folgendes zu tun:

1. Fahrtermäßigung beantragen bei Eurer Heimatstation;
2. Zeit der Ankunft durch Postkarte an die letzthin genannte Schweidnitzer Adresse geben. (Fritz Ohlig, bei Thamm, Obere Bolkostraße 28);
3. Noch recht rege werden, damit unser Jugendtag zu einer imposanten Kundgebung werde.

Frei Heil!

gez. Reinhold Zimmer.

Greiffenberg. Ausbau der Neidburg. Der Ausbau der Neidburg im Queistal als Jugendherberge hat begonnen. Bei den Erdarbeiten wurden Topf- und Knochenreste und anderes mehr gefunden, die vielleicht wichtige Aufschlüsse über die Geschichte der Burg geben. In nächster Zeit wird auch eine Werbeschrift über die Neidburg erscheinen, die Altes und Neues in schöner Form bietet.

Reichenbach. Ueber die Tollwut wurden im Kreistage erschreckende Mitteilungen gemacht. Dr. Kordhanke stellte fest, daß innerhalb der beiden letzten Jahre nicht weniger als sechs Personen im Kreise Reichenbach infolge von Tollwut unter entsetzlichen Qualen verstorben sind, zumeist Kinder. Es wurde dabei darauf hingewiesen, daß wir in Schlesien das starke Ueberhandnehmen der Tollwut unseren tschechischen Nachbarn zu verdanken haben, da dort keinerlei Tollwutbestimmungen bestehen und nachgewiesenermaßen fast immer die Tollwut durch tolle Hunde, die über die Grenze gewechselt kommen, bei uns eingeschleppt und verbreitet wird. Vermutlich ebenfalls auf einen über die Grenze gekommenen tollen Hund zurückzuführen sein dürfte ein schwerer Verlust, der in Albendorf unter der Heuscheuer einen Gutsbesitzer traf, dem drei kernige Stücke Rindvieh an Tollwut verendeten, nachdem sie von einem tollen Hunde gebissen waren.

Parteigenossen und -Genossinnen!

Eure Familien-Anzeigen

gehören auch in die „Volksmacht!"

Stadttheater.
Montag abend 7 Uhr:
Der Rosenkavalier.
Dienstag abend 8 Uhr:
Così fan tutte.
Mittwoch abend 7½ Uhr:
Haus Sachs.

Lobetheater.
Intendanz: **Paul Barnay.**
Tel.: N. 6774 und N. 6700.
Montag, Dienstag 8 Uhr:
Anarchie in Sillian.

Thalia-Theater
Tel. Ring 6700
Montag bis einschließlich Donnerstag 8 Uhr:
Letzte Aufführungen:
Lustiger Thoma-Abend
mit **Ludwig Stössel.**
Karfreitag 8 Uhr:
Jedermann.
Sonnabend 8 Uhr:
Zum ersten Male:
Ein 5568
Sommernachtstraum

Schauspielhaus.
Operettenbühne. Tel. Ring 2545
Heute und täglich 8 Uhr:
Die Ballkönigin.
Freitag abend 8 Uhr:
Das Dreimäderlhaus.
Osterfeiertage nachm. 3½ Uhr:
Mädi.
Abends 8 Uhr:
Die Ballkönigin.

Dominikaner!
Täglich 7¼ Uhr Täglich
Neu! Heppel in der Badewanne!
Auf Wunsch: Die reizende Ruth.
Das gekündigte Leben.
Volksstück 3016

Promenaden-Theater
Promenade und Dominikanerplatz
Täglich 4¼, 6¼, 8¼ Uhr
Saalpl. 0.60, 0.90, 1.20
Kinder bis 6 Uhr 40, 60, 80 Pf.
Jackie Coogan

3017
My boy (Mein Junge)

Nur 25 Mk. neue große **Kinderwag.**
Klappwagen, neu, v. 13.50 an, hocheleg. ¾-Wagen spottbillig, gebr. Wagen v. 5 Mk. an verk.
Scholz, Lessingstr. 11.
Auswärt. Reisevergütg.

Herren- und Damentuche
Proben frei.
Bruno Tschierschke
Königsbrück Sa. 1/11.

Latzhosen
Oskar Dehmel,
Neumarkt 45.

Sozialistische Monatshefte
Redigiert von Jos. Bloch
monatlich 50 Pf.
vierteljährlich 1.50
Bestellungen bei allen Zeitungsausträgern u. der Volkswachtbuchhandl., Breslau III.

Verkäufe

Fahrrad, einmal gefahren, m. prima Gummibef., zu verk. Kreuz, Gräbschener Str. 75.

Anzüge
elegante Stoffe, in den neuesten Formen, von 24.— Mark an.
Albrechtstraße 41, II.
(kein Laden). 231

Nähmaschinen,
Fahrräder preiswert. Teilzahlung. Georg Grenlich, nur Hummerei 201, Vorth.

Karwoche

Montag, den 14., Dienstag, den 15., Mittwoch, 16., Donnerstag, 17., Freitag, 18., Sonnabend, 19 April:

Wohltätigkeits-Konzerte

zum Besten der Aermsten Breslaus

im **„Marmorhaus", Friedrich-Wilhelm-Straße 35,**
ausgeführt von dem bekannten
Russischen National-Balalaika-Orchester.
20 Künstler. Leitung: Dirigent S. Tscherwjakoff.
Karte 1.50, 2.00, 2.50 Mark. 2965
Vorverkauf: Barasch, Hainauer, Hoppe.
Freitag vormittags 11 Uhr und abends 7 Uhr.
Um recht zahlreichen Besuch der Konzerte bittet
Der Erwerbslosenrat Breslau.

Trinkt überall

das wohlbekömmliche

Echte Grätzer Bier

887

Billige Lebensmittel!

Röstkaffee	1 Pfd. Mk.	2.40, 3.00, 3.40, 4.00
Tee	1 Pfd. Mk.	3.20, 5.00, 6.00, 7.00
Kakao	1 Pfd. Mk.	1.00, 1.20
Margarine	1 Pfd. Mk.	0.48, 0.60
Palmin	1 Pfd. Mk.	0.70
Schmalz, amerik.	1 Pfd. Mk.	0.68
Bienenhonig	Glas 1 Pfd. Mk.	1.80
Backobst	1 Pfd. Mk.	0.40, 0,80, 1.00
Ringäpfel	1 Pfd. Mk.	1.10
Aprikosen	1 Pfd. Mk.	1.10, 1.60
Kirschen mit Stein	Dose 2 Pfd. Mk.	0.75
Pflaumen mit Stein	Dose 2 Pfd. Mk.	0.85
Erbsen	Dose 2 Pfd. Mk.	1.10
Karotten	Dose 2 Pfd. Mk.	0.80
Spinat	Dose 2 Pfd. Mk.	0.80
Oelsardinen	1 Port.-Dose Mk.	0.30

Heinrich Gewaltig

Breslau 3021

Albrechtsstrasse 5, Neue Schweidnitzer Strasse 13, Heilige Geiststrasse 2, Klosterstrasse 7.

5515
Alles wieder eingetroffen
auf Schallplatten und Doten
Ich bring dich um die Ecke
Mädl. — Halt dich fest. — Wahre Liebe. — Bananen. — Ich hab' ein Stübchen. — Wenn du nicht kannst. — Wenn ich dich seh'. — An Pipa, an Pepa, an Potsdamer Platz. — Die Mädel von Java. — Ich sag nicht ja. — Schatz, wenn hast du die blauen Augen her? — Im blauen Bock. — Ich möchte einmal. — Marietta, Kleopatra usw.
Sprechapparate, mit mächtig. Schall von 15 M. an
Schallplatten 1.50, 1.80, 2.50, 3.30 Mk.
Pathé-Platten 2.50 Mk.
Mandolinen von 8.50, **Gitarren** 12, **Lauten** 21, **Violinen** kompl. 15, **Zithern** 8, **Ziehharmonikas** 5 Mk. an. **Farmkasten, Notenpulte usw.**
Alles zu konkurrenzlosen Preisen ständig Vorrat.
Franz Heppner, Musikwaren
Breslau IX, Scheitniger Str. 32. Tel. Ohle 8503.

Sie kaufen gut und billig
Warum? Weil kein Laden, kein Personal.
Alle Vorteile für die Kundschaft.

Bettwäsche	Handtücher	Herrenhemden
Leinwäsche	Wischtücher	Arbeitshosen
Inletts	Handentuch	Schürzenleinen
Baumw.	Schürzen	Hängeschränken
Kattun	Zeptdr	Kreuzbeschen

Textil-Zentrale 5513
Trinitasstraße 3, II
Nähe Sonnenplatz. Geöffnet von 8—7 Uhr.

Karl Kautsky:
Rasse und Judentum
Statt 1 Mk. nur 50 Pf. (auswärts 10 Pf. Porto).
Wichtiges Material zur Frage des Antisemitismus!
Volkswacht-Buchhandlung (Medrow Infinarial)
BRESLAU III, Neue Graupenstraße 5.

Gardinen
Bettdecken
Bettwäsche
Inletts, Handtücher
Bettfedern
Wanduhren
Taschenuhren
Trauringe
verkauft billig
Zentral-Leihhaus
Bruno Grundmann,
Klosterstr. 28, I. 5972

Lachen links!

Das Witzblatt der Republik
Heft 25 Pfennige.
Zu beziehen durch die Buchhandlung „Volkswacht" und die Zeitungsträgerinnen.

Gelegenheitskauf!
Ein Posten

Chaiselongues	38 Mk.
Vertikos	35 „
2 Bettstell. m. Mat.	95 „
Ausziehtisch	38 „
Kompl. Küchen	75 „

Max Giesel
Brüderstraße 23

Bitte
bei allen Einkäufen stets die Inserenten unserer Zeitung zu berücksichtigen.

10 ₰

REEMTSMA

SENOUSSI

EINE CIGARETTE NACH ÄGYPTISCHER ART

Diese Cigarette war ursprünglich nur für das Ausland bestimmt. Überraschenderweise fand sie auch in Deutschland auf Grund weniger bekannt gewordener Exemplare ein so weitgehendes Verständnis, daß wir nunmehr trotz überaus großer Fabrikationsschwierigkeiten versuchen wollen, auch für die deutschen Liebhaber nennenswerte Mengen freizubekommen.

REEMTSMA
AKTIENGESELLSCHAFT

Sie alle wissen es,

daß wir enorm billig verkaufen,
weil
wir alles selbst fabrizieren, somit jeder Zwischenhandel ausscheidet

Moderne Anzüge
schick verarbeitet, in ganz hervorragender Auswahl 68.—, 55.—, 48.50, 36.— **32.—**

Anzüge für junge Herren
in jeder Größe, für jeden Geschmack, 52.—, 44.—, 35.—, 31.—, 29.50 **25.—**

Sport-Anzüge
mit 1 regulären und 1 Breecheshose.
Taillenmäntel, Raglans, Paletots
von nur soliden, bewährten Stoffen in jeder Preislage.
Gummimäntel bestrenommierte Fabrikate
Unsere Spezialabteilung **Herrenstoffe**
bietet außergewöhnliche Vorteile; wir unterhalten in nur erprobten Qualitäten aller Art reiche Auswahl.
Jeder Einkauf ein Gewinn!

Gebrüder Lachmann

Fabrik für Herrenbekleidung und Tuchhandel
Reuschestraße 57, Ecke Krullsstraße. 5504

10. bis 30. April 1924
I. diesjährige ***Sonder-Ausstellung***

„Es gibt noch billige Bücher!"

Unverbindliche Besichtigung werktags von 9 bis 6 Uhr in der

Volkswacht-Buchhandlung

Neue Graupenstraße 5/7

Ausgestellt sind Bücher aus folgenden Literaturgebieten: Schöne Literatur (in- und Ausland) Kunst, Musik, Jugendschriften, Philosophie, pop. Wissenschaft, Politik u. s. f.

Für die Redaktion verantwortlich: Ernst Zimmer, für die Anzeigen: Max Tockus. — Redaktion: Grünstr. 46. — Sammelruf: Flurstr. 4. — Druck und Verlag der „Volkswacht" G. m. b. H., sämtlich in Breslau. — Hierzu 1 Beilage

Breslauer Nachrichten.

Breslau, 12. April.

Vereinigte Sozialdemokratische Partei.

Außerordentliche Distriktsversammlungen
morgen Dienstag, den 15. April, abends 7½ Uhr:

Distrikt 5: im Lokal Weiner, Sonnenstraße 37;
" 7: im Lokal Weiße, Berliner Straße 58;
" 12: bei Weiß, Friedrich-Carl-Straße 26;
" 32: bei Ikes, Neudorfstraße 99.

Mittwoch, den 16. April, abends 7½ Uhr:

Distrikt 2: Lokal „Scharfe Ecke", Viktoria-, Ecke Rheinerstr.;
" 23: Lokal Uferstraße 26;
" 31: bei Langner, Augustastraße, Ecke Gottschallstraße;
" 34: bei Ferdinand Meißner, Ketzerberg 13.

* * *

Arbeitslose Parteimitglieder!

Dienstag, den 15. April, nachmittags 3 Uhr,
Arbeitslosenversammlung.

Erscheinen aller unbedingt Pflicht. **Parteigenossen und Volkswachtleser macht allen arbeitslosen Genossen auf die Versammlung aufmerksam.**

Metallarbeiter. VSPD.-Vertrauensleute und Betriebsräte sämtlicher Betriebe müssen morgen Dienstag, den 15. April, abends 7½ Uhr, im Gewerkschaftshaus, Zimmer 10, in der Versammlung sein. Kein Betrieb darf fehlen.

Eisenbahner die Mitglieder der VSPD. sind. Morgen Dienstag, den 15. April, wichtige Versammlung aller Parteimitglieder im Gewerkschaftshaus, kleiner Saal. Frauen mitbringen. Parteimitgliedsbuch an der Türkontrolle vorzeigen.

Arbeiterkinderfreunde. Alle, die sich für den Kursus in Gera angemeldet haben, kommen heut Abend in der Braun-Versammlung zusammen. Es ist eine wichtige Mitteilung von der Reichsarbeitsgemeinschaft gekommen.

Distrikt 23. Alle Funktionäre und Wahlhelfer treffen sich im Distriktslokal, Uferstraße 26.

Ein Sohn des Volkes.

Nicht selten fragt man sich in bürgerlichen Kreisen, wie und wo Sozialdemokraten mit einfacher Volksschulbildung die Kenntnisse erworben haben, die sie befähigen, auf den verschiedensten Gebieten mit den bürgerlichen Fachmännern nicht nur erfolgreich zu konkurrieren, sondern neuschöpferisch hervorzutreten. Zu diesen beneideten Männern gehörte auch unser leider so früh verstorbener Genosse Gustav Scholich. In der preußischen Verwaltung war er zuhause, wie nur selten einer, und besonders war es die Stadt- und Landgemeindeordnung, die er so beherrschte, daß er auf diesem Gebiete bahnbrechend wirken konnte.

Der anfängliche Werdegang der Sozialdemokraten ist fast immer derselbe, und kann auch bei Scholich nicht anders gewesen sein. Von Jugend auf wird gelesen, was — einem nur vor die Augen kommt; jeder Wisch, jede Schwarte, jedes Wurstpapier, jede Tüte oder Zichorienpackung. Später reicht es vielleicht, um dieses oder jenes Kolportageheft zu erstehen. Da bekommt der junge Mensch eines Tages einen Zettel, oder eine Zeitung in die Hand, wo eine Versammlung angekündigt wird, also geht er hin und hört. Die meisten Sozialdemokraten, die in der Bewegung zu besonderer Bedeutung aufwuchsen, sind in der ersten Partei- oder Gewerkschaftsversammlung, die sie besuchten, auch sofort Mitglied geworden, und haben dann in Treue festgehalten und mitgearbeitet.

Jetzt wurde ihr Wissensdrang in eine bestimmte, zunächst nur allgemeine Richtung gelenkt, die das Partei- und Gewerkschaftsblatt weisen. Daneben werden bunt durcheinander wissenschaftliche Bücher und Broschüren gelesen; leider zumeist nur gelesen, nicht studiert und nicht ordentlich verdaut. Denn in seinem Wissenshunger denkt kaum einer der jungen Menschen daran, daß ein Buch dreimal gelesen mehr gibt, als drei Bücher nur einmal gelesen. Trotzdem weitet sich der Horizont, und bald ragt ein so Wißbegieriger in den Debatten hervor; er wird Führer und „Bonze", wie es im neueren Sprachgebrauch heißt.

Nun geht das Lernen erst recht an, und zwar erst das eigentliche systematische Lernen. Der Gewerkschaftsführer, der Parteisekretär, der Redakteur, der Stadtverordnete wie der Tagesordnete muß bei aller sonstigen Vielseitigkeit ein Gebiet gründlich beherrschen lernen, um zur Geltung zu kommen, und Gustav Scholich hatte ein solches Gebiet. Sein kommunalpolitisches Wissen hat er sich aber nicht aus lehrhaften Büchern geholt, denn wer von uns hätte wohl Neigung gehabt, kostbare Zeit an das Studium der wilhelminischen Verwaltungspraxis zu verschwenden? Gustav Scholich erwarb sich seine Kenntnisse auf dem negativen Wege des Kampfes gegen dieses System der Arbeiterentrechtung.

Das Städterecht lernte er als Stadtverordneter kennen, die Rechtsverhältnisse auf dem Lande als Parteisekretär, der draußen den Gemeindewahlkampf zu führen hatte. Er kannte alle Amtsvorsteher des Bezirks; er kannte ihre ganze Praxis. Die Alten erinnern sich wohl noch des langen Kampfes, den Scholich wegen Saalabtreibung gegen den Oswitzer Guradze geführt hat, bis Guradze endlich vom Minister entfernt werden mußte, weil der Skandal zu groß geworden war.

Ueberhaupt war Scholich das Schreckenskind aller wilhelminischen Dorfgrößen. Er duldete nichts, was gegen unsere Partei verstieß. In jedem Falle, auch im kleinsten, leitete Scholich Proteste, Beschwerden und Anzeigen ein. Ein anderer wäre hier vielleicht durch Erfolglosigkeit müde geworden, denn Gerichte und übergeordnete Behörden deckten alle wilhelminischen Kreaturen. Aber was fragte Scholich nach dem Erfolg, wenn nur die Sache richtig an die Oeffentlichkeit kam! Und ab und zu war der Erfolg doch, wie der Fall Guradze zeigt, sinnfällig.

Auf der anderen Seite wurde Scholich auch ganz gewiß nichts geschenkt. Die Zahl der Prozesse, in die er verwickelt wurde, war unzählbar. Von seiner wohl überlegten Korrektheit aber zeugt, daß es den Breslauer Richtern und denen der Provinz nicht ein einziges Mal möglich war, ihn ins Gefängnis zu schicken. So willig sie dazu auch gewesen wären, es ging nicht, nur eine Anzahl Geldstrafen hatte er zu zahlen.

Und noch als Toter ist Scholich hinter den Reaktionären her. Der sattsam bekannte v. Freytagh-Loringhoven ist seinerzeit wegen eines beleidigenden Artikels gegen Scholich in der „Tagespost" zu 4000 Mark Geldstrafe, und der dazu gehörige Redakteur zu 500 Mark Geldstrafe verurteilt worden. Die „Tagespost" hat sich dahinter weiter mausig gemacht, und so hat Scholich gegen Freytagh-Loringhoven und den Redakteur Goitsch erneut Strafantrag gestellt. Der Genosse Rechtsanwalt Bandmann versichert uns, das seinige zu tun, damit Scholich gegenüber diesen beiden Helden auch im Grabe noch Genugtuung wird.

Das war der Weg, auf dem unser verstorbener Genosse Stadt- und Dorfparlament, Magistrate, Bürgermeister, Schulzen und Schöffen, Amtsvorsteher, Landräte und Minister, Verwaltungs- und Strafgerichte in ihren Funktionen kennen lernte. Und deshalb konnte er nicht nur mit reden, sondern auch Wege weisen, wie der innere Ausbau des republikanischen Staates zu erfolgen habe.

R. Darf.

Heute abend 7½ Uhr:

Oeffentliche Wählerversammlung

im großen Saale des Gewerkschaftshauses.

Da Ministerpräsident Genosse Otto Braun an einer Konferenz der Ministerpräsidenten teilzunehmen hat, die vom Reichskanzler am Sonnabend für den heutigen Montag anberaumt wurde, wird an seiner Stelle

ein Mitglied des Parteivorstandes,

Reichstagsabgeordneter Dr. Adolf Braun,

über das angegebene Thema sprechen.

Steuerzahlung.

Der Magistrat schreibt:

Ein großer Teil der Steuerzahler beachtet die wiederholten Bekanntmachungen und Hinweise in den Tagesblätter nicht und zahlt seine Steuer an falscher Stelle. Noch immer gehen über die Postscheck-, Reichsbank- und Sparkassenkonten der städtischen Steuerzahlstellen Reichs-, Kirchen- und Kultussteuern ein. Es sei deshalb erneut darauf hingewiesen, daß die Reichssteuern (Einkommensteuer, Umsatzsteuer, Rhein-Ruhr-Abgabe, Vermögenssteuer, Lohn- und Arbeitgebersteuer) und die Kirchen- und Kultussteuern von den Kassen der Finanzämter Breslau-Süd und Breslau-Nord (Finanzkassen und Reichssteuerhebestellen) erhoben werden. Die städtischen Steuerzahlstellen haben mit diesen Steuern nichts mehr zu tun. Bis jetzt haben sie die bei ihnen eingehenden, ihnen nicht zustehenden Steuern an die empfangsberechtigten Stellen weiter geleitet. Sie werden dieses Verfahren aber nicht auf lange Zeit beibehalten können; sie werden vielmehr genötigt sein, die ihnen nicht zustehenden Steuerbeträge dem Einsender auf seine Kosten zurückzuschicken, damit er erfährt, daß er an eine falsche Stelle gezahlt hat. Wenn Steuern nicht rechtzeitig an die empfangsberechtigten Stellen gelangen, erwachsen dem Zahlungspflichtigen Nachteile durch Verzugszuschläge, auch setzt er sich Zwangsvollstreckungen aus.

In der Erhebung der Getränkesteuer

ist insofern eine Aenderung eingetreten, als für die Zeit vom 1. April ab die Getränkesteuerabrechnungen allgemein monatlich (statt halbmonatlich) eingereicht werden können. Die Einreichung hat in der Zeit vom 1. bis 15. jeden Monats für den vergangenen Monat unter Beifügung des Steuerbetrages bei einer beliebigen städtischen Steuerzahlstelle (also nicht mehr beim Einziehungsamt) zu erfolgen. Dort erhält jeder Steuerpflichtige bei der ersten Zahlung eine Kontonummer. Jede weitere Zahlung ist unter Angabe dieser Kontonummer an die gleiche Steuerzahlstelle zu leisten.

Im Anschluß hieran bemerkt der Magistrat, daß mit Rücksicht auf die außergewöhnliche Finanznot der Stadtgemeinde eine allgemeine Steuerfreigrenze bisher nicht festgesetzt worden ist. Etwaige Steuerbefreiungen müssen daher auf die Fälle beschränkt bleiben, in denen der entrichtende Steuerbetrag die Erhebungskosten nicht deckt. Auch ist bei der Festsetzung der Steuer eine Rücksichtnahme auf die ungünstigen wirtschaftlichen Verhältnisse des einzelnen Steuerpflichtigen nicht angängig, da die Getränkesteuer ebenso wie die Umsatzsteuer auf die Verbraucher abgewälzt werden kann.

Gegen das Bettlerunwesen.

Der Magistrat schreibt:

Die Straßen- und Hausbettelei hat neuerdings wieder in bedenklicher Weise zugenommen. Wenn auch nicht zu verkennen ist, daß infolge Arbeitslosigkeit und der allgemein herrschenden Not ein Teil der Bevölkerung sich in schwerer wirtschaftlicher Bedrängnis befindet, so ist die Schuld an dem Bettelunwesen zum großen Teil den Almosengebern selbst zuzuschreiben. Durch das gedankenlose Unterstützen seitens des Publikums wird der Bettel vielfach einträglich so gestaltet, daß auch Personen, die ihren sittlichen Halt zum Teil noch besitzen, ihre Bedenken fallen lassen und sich lieber dem Betiel in die Arme werfen, als einer geregelten Beschäftigung mit allerdings bescheidenerem Verdienst nachzugehen. Die Erfahrung lehrt, daß ein großer Teil der Bettler, die körperliche Gebrechen vorzutäuschen suchen, um Mitleid zu erregen, es überhaupt nicht nötig hätte, die Mildtätigkeit der Mitmenschen in Anspruch zu nehmen. Um die Betielei und unberechtigte Ausbeutung des Wohltätigkeitssinnes der Bevölkerung zu bekämpfen und den Nachteilen, die durch unzweckmäßiges und planloses Almosengeben entstehen, entgegenzuwirken, hat das städtische Wohlfahrtsamt sich wiederholt an die Polizeiverwaltung mit dem Ersuchen gewandt, gegen die Bettler einzuschreiten. Einen Erfolg können aber die Bestrebungen der Behörden und der organisierten Wohltätigkeitsvereine nur dann haben, wenn sie Unterstützung bei der Bevölkerung finden. Es sei deshalb darauf hingewiesen, daß der Verein gegen Verarmung Breslauer Bürger sich zur Aufgabe gestellt hat, dem Bettel zu steuern und in Not geratene Bürger jeglichen Standes zu unterstützen. Der Verein richtet deshalb an die Breslauer Bürgerschaft die dringende Bitte, ihn in seinen Bestrebungen zu unterstützen und ihm als Mitglied beizutreten, durch Anbringung des Vereinsschildes an der Wohnung und an den Geschäftslokalen den Bettel abzuweisen, die Bettler vielmehr an den Verein zu verweisen, damit der Verein für sie sorgen oder sie an die zuständigen Fürsorgestellen des Wohlfahrtsamtes zur Unterstützung überweisen kann. Anträge auf Erwerb der Mitgliedschaft und des Vereinsschildes werden im Vereinsbüro, Ritterplatz 1, II, Zimmer 33, werktäglich von 8 bis 2 Uhr entgegengenommen. Auch jede weitere Auskunft wird dortselbst bereitwilligst erteilt.

Mißglückter deutschnationaler Arbeiterfang.

Am Donnerstag abend haben die Deutschnationalen der Sozialdemokratie einen wertvollen Dienst geleistet. Sie hatten in den Zentral-Ballsälen, ausgerechnet im proletarischen Westen der Stadt, eine Versammlung anberaumt, in der ihnen aber von der Arbeiterschaft eine ganz gehörige Abfuhr bereitet wurde. Der Redner des Abends, Susicki, der überall als „Arbeitersekretär" angepriesen war, mußte gleich am Beginn seines Vortrages zugeben, daß er gar nicht Arbeitersekretär sei. Im übrigen den Inhalt seiner Rede wiedergeben, ist unmöglich, denn irgendwelche Gedanken hatte dieser Herr überhaupt nicht; seine Rede bestand lediglich aus inhaltlosem Geschwätz, zusammenhanglos aneinander gereihten Phrasen aus deutschnationalen und völkischen Winkelblättern. Stresemanns Frau sei eine Jüdin, das habe unser ganzes Unglück verschuldet. Helfferich (der Roggenheld) habe unsere Währung geschaffen. In jeder Provinz seien Tausende von Beamten zu viel! Gleich darauf jammerte er scheinheilig über den Beamtenabbau! Dann versuchte er, die Arbeiter dadurch zu ködern, daß er dem Achtstundentag das Wort redete (vor den Wahlen!), er vergaß aber nicht, hinzuzusetzen, wenn wir ihn uns leisten können! Unter dem Kaiser sei es dem Volke gut gegangen. Dabei meinte er wohl vor allem den „Heiligen Krieg", zu dem S. M., der Oberste Kriegsherr, „sein" Volk aufgerufen hatte. Seine genaue Kenntnis des Marxismus bewies Herr Susicki dadurch, daß er behauptete, Engels habe die Lehre von Karl Marx in Grund und Boden kritisiert. Jüdische Führer hätten das Volk „verhetzt", die Juden seien überhaupt an allem schuld und sollten dahin gehen, woher sie gekommen seien. Und überhaupt, wir müßten wieder „wehrhaft" und völkisch und national werden und dem „Feinde" die Stirne bieten usw. usw.

Schon während der Rede machte sich aus der Versammlung heraus so starker Widerspruch bemerkbar, daß der Mann kaum zu Ende sprechen konnte. Der Blödsinn war auch allzustark. Einzelne Stellen der Rede erweckten unbeabsichtigt ein stürmisches Gelächter. In der Diskussion ließ es sich der noch vor kurzem so radikal-marxistische Riedel nicht nehmen, sich für seine neuen völkischen Kartoffelfreunde einzusetzen. Er kam aber gar nicht zu Wort, denn die Versammlung hatte schon an dem Anblick dieses Renegaten genug. Ein völkischer Wanderredner versuchte durch Lungenkraft und stramme Haltung seine Geistesarmut zu verbergen. Ein anderer deutschnationaler Herr erklärte, man müsse die englische Bulldogge auf die Schnauze schlagen, daß die Funken stieben." Schöne Aussichten für die künftige Außenpolitik, wenn diese Partei ans Ruder kommt! Eine Reihe von Arbeitern beleuchtete darauf treffend die Frechheit des deutschnationalen Arbeiterfanges, die sich in dieser Versammlung so recht offenbarte. Von unseren Genossen waren es vor allem Winzer und Eckstein, die den deutschnationalen Aposteln unter stürmischem Beifall gründlich heimleuchteten und ihnen nachwiesen, wie es um ihre soziale und nationale Gesinnung bestellt ist. Der Sieg der Sozialdemokratie würde solchen Volksbetrügern und Ausbeutern, welche die ganzen Lasten des verlorenen Krieges auf die Schultern der arbeitenden Massen abwälzen wollen, das Handwerk legen.

Als der Versammlungsleiter Herr Susicki das Schlußwort erteilte, hatte die Versammlung von den völkischen Tiraden dieses Herrn und seiner Freunde schon mehr als genug. Ohne den Redner anzuhören, erhob sich die überwiegend aus Arbeitern bestehende Versammlung und marschierte unter dem brausenden Gesang der Internationale ab. Die deutschnationalen Parteihäupter machten lange Gesichter und hatten das Nachsehen. Wir gönnen den Deutschnationalen einen solchen „Erfolg" bei den Arbeitern!

Die juristische Sprechstunde

findet in dieser Woche Dienstag von ½3—½4 Uhr und Mittwoch von ½3—½4 Uhr nachmittags statt. Eingang Grünstraße 48.

Es wird nur Rechtsauskunft, und zwar gegen Vorlegung der Abonnementsquittung, erteilt. Schriftsätze werden nicht angefertigt.

Arbeiter-Zentral-Bibliothek.

Um den Lesern entgegenzukommen, wird die Ausleihezeit abends verlängert. Sie findet vom heutigen Montag ab nachmittags von ½5—7 Uhr statt.

In dieser Woche ist die Bibliothek bis Charfreitag jeden Vormittag und jeden Nachmittag geöffnet.

An den drei Feiertagen ist sie geschlossen.

Liebe Arbeiterkinder!

Die Bastelstunden Dienstag und Mittwoch auf der Grünstraße fallen bis auf weiteres aus. Ihr bekommt dann Bescheid. Ebenso findet die Wanderung am Dienstag nicht statt. Wir treffen uns dagegen am Mittwoch in der Arletiusschule wie immer.

Die Arbeiterkinderfreunde.

„Es gibt noch billige Bücher!"

Unter diesem Motto ist soeben in der Volkswachtbuchhandlung, Neue Graupenstraße 5, eine Sonder-Ausstellung (die diesjährige erste) eröffnet worden, deren Besuch sich entschieden lohnt. In übersichtlicher Anordnung sind einige Hundert auffallend billige und dabei gute Bücher aus den Gebieten der in- und ausländischen schönen Literatur, der Kunst, der populären Wissenschaften, Jugendschriften usw. ausgelegt. Die Auswahl ist dabei so reichhaltig, daß bestimmt jeder etwas findet und angesichts der niederen Preise auch kaufen kann. Grade im Hinblick auf das bevorstehende Fest dürfte diese Ausstellung allen denen willkommen sein, die wissen, daß Bücher Geschenke von dauerndem Werte darstellen. Die Volkswachtbuchhandlung erwartet daher auch recht zahlreichen Besuch, der selbstverständlich mit keinerlei Kaufzwang verbunden ist. Geöffnet ist die Ausstellung werktags von 9—6 Uhr. (Siehe auch Inserat.)

---

* **Seinen 90. Geburtstag** feiert am 16. April Herr Eduard Sachs, Wölfelstraße 13. Er ist Vorsitzender des Vorstandes der Synagogengemeinde und des Vorstandes der Israelitischen Krankenverpflegungsanstalt. Auch sonst hat er für Wohlfahrtsfragen immer Interesse bekundet.

* **Ueber den Kampf um Deutschlands Recht** spricht Dienstag, den 15. April, abends 8 Uhr, Professor Dr. Ludwig Quidde-München, im großen Saale der Neuen Börse, Graupenstraße, in einer Versammlung aller Friedensfreunde.

* **Postzustellung in Breslau zu Ostern.** Am Karfreitag und ersten Osterfeiertag findet eine einmalige Briefzustellung wie an Sonntagen und eine Paketzustellung statt. Am zweiten Osterfeiertage ruht — wie überall — die gesamte Zustellung.

* **Seine Silberhochzeit** feiert am heutigen Montag der Genosse Eisendreher Karl Lattner mit seiner Frau Emma, Verlängerte Niedergasse, „Grüne Aue". Das Ehepaar hält seit seiner Verheiratung die „Volkswacht", wie es in jeder Arbeiterfamilie sein soll. Viel Glück für den weiteren Lebensweg.

* **Die Breslauer Bevölkerung** vermehrte sich im März von 563 164 auf 563 463. Geboren wurden 841, gestorben sind 739 Personen. Zugezogen sind 3714, fortgezogen 3440 Personen.

Gewerkschaftsbewegung.

Vollkommene Arbeitsaufnahme im Eisenbahnbetrieb.

Am Freitag nachmittag haben die vor wenigen Tagen in den Streik getretenen Eisenbahnarbeiter ihren Dienst überall restlos wieder aufgenommen. Damit ist den Kommunisten, die insbesondere in Sachsen und in Hamburg durch besonders entsandte Agitatoren einen wilden Streik unter den Eisenbahnern zu entfesseln suchten, ein neuer Mißerfolg beschieden. Die Vernunft hat gegenüber dem kommunistischen Wahnsinn wieder einmal im ganzen Reiche gesiegt. Das festzustellen, ist notwendig, weil die Ablehnung der kommunistischen Parole gewissermaßen ein Bild von der Schwäche der sogenannten kommunistischen Gewerkschaftsbewegung gibt. Immerhin müssen sich die Organisationen dessen bewußt bleiben, daß die jetzt erreichte Lohnerhöhung ebenfalls nur eine vorläufige Lösung der Lohnfrage für die Eisenbahnarbeiter bedeuten kann. **Auf die Dauer ist es der Eisenbahnarbeiterschaft unmöglich, auch nur mit den jetzt zur Auszahlung gelangenden Löhnen auszukommen.** Innerhalb der Eisenbahnarbeiterschaft aber sollte gleichfalls Klarheit darüber herrschen, daß schließlich keine Organisation imstande ist, zur Besserung der Lebenshaltung ihrer Mitglieder beizutragen, solange sie nicht die Kraft besitzt, die dazu notwendig ist. Stärkung der gewerkschaftlichen Organisationen gegen die Kommunisten ist deshalb eine der wichtigsten Voraussetzungen, die unsere Eisenbahner zu erfüllen haben, wenn sie ihre Lebenshaltung bessern wollen. Praktisch läuft das auf eine Ablehnung aller kommunistischen Pläne hinaus, die schließlich doch nur neues Unheil und neues Elend für die Arbeiterschaft ergeben.

* * *

Der Eisenbahndirektion Magdeburg scheinen die Vereinbarungen zwischen Gewerkschaften und Regierung sehr unangenehm zu sein. Sie bemüht sich jetzt vor allen Dingen, das Abkommen über die Maßregelungen juristisch in ihrem Sinne auszulegen. Die Arbeiter werden wohl wieder eingestellt, aber nicht auf die alten Dienstplätze. Der größte Teil der Streikenden soll z. B. auf Streckenplätzen Verwendung finden. Infolgedessen ist im Magdeburger Eisenbahndirektionsbezirk ein neues Aufflackern des Streiks zu erwarten, wenn die Eisenbahndirektion ihre Haltung nicht sofort ändert.

Keine Erneuerung des Reichsmanteltarifes im Holzgewerbe.

Am 15. Februar war der Reichsmanteltarif für die deutsche Holzindustrie abgelaufen. Die Unternehmer hatten den Vertrag gekündigt, um schlechtere Arbeitsbedingungen durchzusetzen. Vor allem war es ihnen um eine Verlängerung der Arbeitszeit zu tun, die bisher in den Großstädten 46 Stunden, in den Mittelstädten 47 Stunden und in den kleinen Orten 48 Stunden betrug. Seit Anfang Februar schwebten nunmehr die Verhandlungen zur Erneuerung des Reichsmantelvertrages, ohne daß ein Ergebnis erzielt worden wäre. Am 10. April traten die Parteien deshalb erneut zusammen. Hier drängten die Unternehmer darauf, für den 12. April ein Schiedsgericht zusammentreten zu lassen. Eine Aussprache, die am gleichen Tage im Reichsarbeitsministerium stattfand, führte zu einem Vorschlag des Reichsarbeitsministers an die Parteien, der die Fragen der Arbeitszeit und Ferien der Entscheidung einem aus drei Unparteiischen, drei Arbeitgebern und drei Arbeitnehmern bestehenden Schlichtungsausschuß überließ. Ein Spruch sollte nur dann zustandekommen und für beide Parteien bindend sein, wenn er mit mindestens fünf Stimmen abgegeben würde. Die Unternehmer konnten sich nicht entschließen, diesen Vorschlag anzunehmen. Sie bestanden auf einem einfachen Mehrheitsbeschluß und der Verbindlichkeitserklärung des gefällten Schiedsspruchs. Da die Arbeitervertreter das ablehnten, scheiterten die Verhandlungen zur Erneuerung des Reichsmantelvertrages, der das Ergebnis einer fast zwanzigjährigen Tarifentwicklung in der deutschen Holzindustrie ist. Anscheinend versuchen die Unternehmer jetzt, den Reichsmantelvertrag durch Landesverträge zu ersetzen.

Die Lohnbewegung der Buchdrucker

hat mit dem Sonnabend eine weitere Verschärfung erfahren, obwohl inzwischen die Verbindlichkeitserklärung des ergangenen Schiedsspruch durch den Reichsarbeitsminister erfolgte und der Vorstand des Buchdrucker-Verbandes gezwungen war, an die Gehilfenschaft im Reiche die Aufforderung zu richten, den Schiedsspruch, den die Organisationsleitung selbst als unzulänglich erklärt, anzuerkennen. Die Münchener Gehilfenschaft beschloß am Freitagabend den sofortigen Streik, sodaß bereits am Sonnabend die Blätter nicht mehr erscheinen konnten. Auch die „Münchener Post" wird bestreikt, obwohl die Forderungen seit dem 31. März schon bewilligt sind. Die Gehilfenschaft will durch völlige Stillegung der Zeitungsbetriebe die Durchführung ihrer Forderungen beschleunigen. Allerdings konnte die deutschnationale „München-Augsburger Abendzeitung" ein vierseitiges Notblatt herstellen, das die Bevölkerung gegen die Buchdrucker aufhetzte. Im übrigen beteiligen sich am Streik auch die Betriebe, deren Gehilfenschaft im Gutenberg-Bund organisiert ist. In Thüringen hat sich die Streikbewegung bedeutend ausgedehnt; außer in Erfurt und Mühlhausen ist die Gehilfenschaft in den Städten Gera, Weimar, Gotha, Jena und Pößneck in Teilstreiks eingetreten. Dabei ist zu beachten, daß von den rund 2500 Buchdruckern Thüringens bereits über 700 den geforderten Lohn erhalten. In Zwickau i. Sa. wurde die Arbeit in den bürgerlichen Zeitungsbetrieben ebenfalls niedergelegt.

Achtstundentagkampf in Britz (Kreis Angermünde.)

Das „Britzer Eisenwerk" hat die Former und Kernmacher ausgesperrt, weil sie sich weigerten, neun Stunden zu arbeiten. Die Einwendungen der Arbeiter, daß sie bei der dürftigen Lebensweise und unter dem Einfluß der schädlichen Einwirkungen im Arbeitsprozeß, wie sie der Gießereibetrieb mit sich bringt, mit achtstündiger Arbeitszeit schon genug geplagt sind, spielen heute für die Unternehmer keine Rolle. „Wer sich nicht fügt, der fliegt", ist der Standpunkt des Herrn im Hause.

Eine Schlosserkolonne, welche an einem Neubau arbeitete, der dringend fertiggestellt werden sollte, trat in den Sympathiestreik. Ob man sich nicht überlegt, daß die ausfallenden Stunden den Effekt der geforderten neunten Stunde auf eine geraume Zeit hinaus absorbiert?

25 Jahre im Gewerkschaftsdienst.

Das heißt, Heinrich Ecke, der zweite Vorsitzende des Zentralverbandes der Zimmerer in Hamburg, ist 25 Jahre in der Hauptverwaltung des Verbandes als Angestellter tätig. Vor 25 Jahren zumal konnte natürlich noch weit weniger als heute ein Genosse in einem Verbande angestellt werden, wenn er sich nicht zuvor jahrelang ehrenamtlich betätigt und in dieser Tätigkeit als zuverlässig bewährt hatte. So hat auch Ecke, bevor er mit 39 Jahren angestellt wurde, schon viele Jahre vordem eine überaus rührige Tätigkeit für den Zimmererverband entfaltet, insbesondere in Niederschlesien. Auf dem Gebiete des Bauarbeiterschutzes, der Verbandsagitation, als Verbandsschriftführer und zuletzt als Bearbeiter der Lohn- und Tarifbewegungen im Zentralvorstand hat Heinrich Ecke seinen Mann gestanden. Der Vierundsechzigjährige ist aber noch nicht müde geworden und will noch manches Jahr weiterarbeiten. Wir wünschen, daß es ihm vergönnt sein möge.

Dabei ist allgemein der Wunsch bei dieser Gelegenheit zum Ausdruck gebracht, daß unsere Alten von ihrer Jugendherrlichkeit mehr erzählten, damit die Jungen etwas davon zu wissen bekämen.

Zum Streik der Maschinensetzer und Stereotypeure.

Die freigewerkschaftlich organisierte Breslauer Buchdruckergehilfenschaft nahm am gestrigen Sonntag zu der durch den Streik der Maschinensetzer und Stereotypeure, sowie die dem Streik gefolgte Aussperrung eines Teiles der Kollegenschaft durch die Arbeitgeber geschaffenen Lage Stellung. Der große Saal des Gewerkschaftshauses war völlig besetzt. Kollege Sporn gab einen, den Verhandlungsgang über die Lohnfrage kennzeichnenden Ueberblick, vornehmlich der letzten Tage und stellte zunächst die im Nachrichtenblatt der vereinigten bürgerlichen Zeitungen erfolgte unwahre Behauptung der Arbeitgeber richtig, daß es sich bei dem Streik der Maschinensetzer und Stereotypeure um einen Tarifbruch und wilden Streik handle. Keines von beiden ist der Fall. Obwohl die Organisation der Buchdrucker den Schiedsspruch des Reichsarbeitsministers anerkannt habe, unterlassen die Arbeitgeber fürsorglich, der Oeffentlichkeit mitzuteilen, daß die Maschinensetzer und Stereotypeure Breslaus als auch an anderen Orten die Arbeit bereits vor der Verbindlichkeitserklärung des Schiedsspruches niederlegten. Es gehört schon ein anständiges Maß von Unternehmerphantasie dazu, aus dieser Tatsache einen Tarifbruch oder gar einen wilden Streik herleiten zu wollen. Die Maschinensetzer und Stereotypeure haben ihre Forderungen nicht aus selbstsüchtigen Motiven aufrechterhalten. Daß sie von den Arbeitgebern mit Leichtigkeit zu tragen sind, beweist die Tatsache, daß ein großer Teil der deutschen Arbeitgeber diese Forderungen anerkannt habe. Wenn den Breslauer Arbeitgebern der Wille zur Verständigung fehle, dann trage nicht zum wenigsten die christliche Organisation Schuld daran, deren Zentralinstanzen auch die Schuld trifft, daß der Schiedsspruch für verbindlich erklärt wurde. Aber diese Lohnpolitik des Gutenbergbundes wird sich ganz gewiß an ihm selbst rächen, wie weiter wir uns überlegen werden müssen, ob wir uns mit solchen Leuten in Zukunft noch an den Verhandlungstisch setzen.

Der „General-Anzeiger"

kann in diesen Tagen seine Leser nicht kapitalistisch einseifen, weil sein Buchdruckpersonal wegen zu großer „Arbeiterfreundlichkeit" des Stinnesorgans streikt. Um so kräftiger müssen alle unsere Genossen und Genossinnen in diesen Tagen werben, um ihre Arbeitsbrüder und -schwestern dem kapitalistischen Einfluß dauernd zu entziehen.

Werbt für die „Volkswacht"

Die Teilbewegung im Buchdruckgewerbe beschränkt sich in Schlesien nicht allein auf Breslau. Auch in Görlitz, Glogau und Grünberg ergibt sich das gleiche Bild, wie weiter im Reiche (siehe oben. Red.) die Lohnbewegung der Buchdrucker mit dem Schiedsspruch als keineswegs beendet anzusprechen ist.

Die Bedingungen der Arbeitgeber bei den am Sonnabend gepflogenen Verhandlungen waren unannehmbar.

Zunächst sollten wir erklären, ob wir von dem Aufruf der Zentrale Kenntnis haben. Da wir diesen erst seit heute kennen, waren wir dazu garnicht in der Lage. Weiter sollten die Maschinensetzer und Stereotypeure sofort die Arbeit aufnehmen. Endlich erklärten sich die Arbeitgeber bereit, allen Qualitätsarbeitern in den Zeitungsbetrieben eine wöchentliche Zulage von 1,50 Mark (Heiterkeit) zu gewähren. Den über Tarif entlohnten wollte man gerechten Ausgleich widerfahren lassen. Streiktage wollten die Arbeitgeber zur Hälfte zahlen. Daß diese Vorschläge keine Basis zur Verständigung bilden konnten, war ohne weiteres klar. Sie wurden dann auch mit 255 gegen 17 Stimmen abgelehnt.

Es ist möglich, daß die Arbeitgeber die Generalaussperrung beschließen. Das läßt uns ruhig. Der Kampf der Maschinensetzer und Stereotypeure stützt sich auf das Recht. Die Unterstützung der gesamten Kollegenschaft ist ihnen sicher. Die Aussprache ergab in der Hauptsache Uebereinstimmung mit den Ausführungen des Redners.

Eine von Kollegen Sporn begründete Entschließung fand hierauf in nachstehendem Wortlaut einstimmige Annahme:

„Die heute im Gewerkschaftshaus versammelten freigewerkschaftlich organisierten Buchdrucker und Hilfsarbeiter sprechen den streikenden Maschinensetzern und Stereotypeuren sowie den Ausgesperrten ihre vollste Sympathie aus und beauftragen die Organisationsleitung, die Führung der Bewegung zu übernehmen und der Kollegenschaft zu ihrem Recht zu verhelfen. Eine bald stattfindende weitere Versammlung soll nach Anhörung der Verhandlungsergebnisse weitere Schritte beschließen."

Die Versammlung, aus der man während der Verhandlung einen Spitzel der „Schlesischen Zeitung" entfernte, wurde hierauf mit einem Hoch auf die Organisation geschlossen.

Aus England.

Das Oberhaus stimmte dem Gesetzentwurf zu, der Streiks und Aussperrungen während eines anhängigen obligatorischen Schiedsgerichtsverfahrens verbietet. Das Unterhaus verweigerte am Mittwoch mit 228 gegen 181 Stimmen die Verhandlung eines konservativen Antrages, der Sympathiestreiks als ungesetzlich erklären wollte.

Die sechs großen Maschinenbauarbeitergewerkschaften haben sich auf eine Lohnforderung von 1 Pfund Sterling pro Woche geeinigt. Die Gewerkschaften weisen darauf hin, daß infolge der gegenwärtigen niedrigen Löhne im Laufe des vorigen Jahres über 20 000 gelernte Metallarbeiter ausgewandert sind.

Im Lohnkonflikt der Flieger sind direkte Verhandlungen zwischen Vertretern der Piloten und dem Direktor der Reichsluftfahrt-Gesellschaft eingeleitet worden. Man hofft, daß es noch in dieser Woche zu einer befriedigenden Lösung kommen werde.

Heute findet die entscheidende Besprechung im Lohnkonflikt im Baugewerbe statt. Die Arbeiter verlangen eine Erhöhung des Stundenlohnes um 2 Penny, während die Arbeitgeber einen halben Penny anbieten. Kommt es nicht zu einer Annäherung, so soll am 1. Mai ein allgemeiner Streik der Bauarbeiter proklamiert werden.

Aussperrung der englischen Werftarbeiter.

Infolge der Weigerung der Werftarbeiter in Southampton, zur Arbeit zurückzukehren, haben die Schiffsbauunternehmer am Freitag beschlossen, sofort die Generalaussperrung aller englischen Werftarbeiter vorzunehmen. Es kommen 100 000 Mann in Frage.

Die englischen Bergarbeiter haben mit einer kleinen Mehrheit gegen die Annahme der getroffenen neuen Lohnvereinbarung gestimmt. Da zum Streik jedoch eine Zweidrittelmehrheit nötig ist, bleibt der Frieden vorläufig gewahrt.

Arbeiter-Sport

Der Arbeiter-Radfahrer-Verein Breslau veranstaltete am Sonntag, 13. April seine Rennsaison. Dem Starter stellten sich von 20 gemeldeten Fahrern 14, die um 6.30 Uhr auf die 22 Kilometer lange Strecke [illegible] Peterwitz Malsen, Ziel Kleinkletschkau geschickt wurden. **Resultate:** 1. [illegible] (Schlauchreifen), 39 Minuten; 2. G. Erlich, [illegible] Radlänge zurück; 3. [illegible] (Suhl), 49 Min. 30 Sek.; 4. W. [illegible] Radlänge zurück; 5. [illegible] 51 Min. 30 Sek. (Wulstreifen), 1 Minute Vorgabe; 6. A. [illegible] (Wulstreifen), 1 Minute Vorgabe; 7. Günther [illegible] auf, (Wulstreifen), 1 Minute Vorgabe; 8. A. Pyka, 53 Min. 30 Sek., (Schlauchreifen); 9. T. Wolf (Altersfahrer), [illegible] 30 Sek. (Drahtreifen), 6½ Min. Vorgabe; 10. Regall, 54 Min. 10 Sek. [illegible] reifen); 11. Speisekorn, 55 Min. (Schlauchreifen); 12. Metzner, 58 Min. [illegible] (Schlauchreifen); Meier jun. (jugendlich) 58 Min. 17 Sek. Trotz des [illegible] Windes sind die Zeiten als gut zu betrachten. — Am Karfreitag, [illegible] Ausscheidungsfahren der [illegible] Klasse. Kl. [illegible]strecke, 42 Kilometer. Meldungen am Start [illegible] 9 Uhr früh. Abends 7 Uhr: Versammlung der gesamten Rennfahrer, Ursulinerstraße 21, „Goldener Lachs".

Schlesischer **Arbeiter-Sport Nr. 7 ist von Dienstag, den 15. ab** in den bekannten Verteilungsstellen **zu haben.**

Freie Turnerschaft Breslau. Turn- und Sportgenossen! Die 2. Männer-Abteilung veranstaltet am 1. Osterfeiertag im Gewerkschaftshause eine Sport-Soiree. Zur Vorführung kommen Freiübungen, Turnen am Reck, [illegible] und Pferd. Die Gruppen am Barren und die Pyramiden werden [illegible] Beifall finden. Der 20 Mann starke Mandolinenchor der Freien [illegible] einigung Breslau wird ein Mandolinenkonzert zum Vortrag bringen [illegible] Abend im künstlerischen Sinne verfeinern. — Donnerstag, den 17. [illegible] Generalprobe im Gewerkschaftshause. Sämtliche aktive und inaktive Mitglieder müssen zur Stelle sein. — 4. Männer-Abteilung. Die Beerdigung [illegible] Turngenossen Karl Gerka erfolgt Dienstag vom Wenzel-Hancke-Krankenhaus nach Gräbschen. Sämtliche Turngenossen beteiligen sich in Turnkleidung. Näheres in der Montag-Turnstunde. — Donnerstag, den 17. April: [illegible] sitzung bei Reschil, Luisenstraße. — Zu der am 11. Mai beginnenden [illegible] serie im Faust- und Tamburinball, ersuche ich die einzelnen Spielleiter [illegible] 20. April um Zusendung der namentlichen Mannschaftsmeldungen unter [illegible] zeitiger Einsendung der Meldegebühr für Männerturner pro Mannschaft 1 M. Jugend und Turnerinnen 50 Pf. an F. Förster, Weißenburger Straße [illegible]

Arbeiter-Schachverein Breslau. Allen Schachinteressenten und [illegible] sportlern zur Kenntnis, daß am Karfreitag, nachmittags 2½ Uhr, im Zimmer 7/8 des Gewerkschaftshauses eine öffentliche Schachveranstaltung, bestehend [illegible] Vortrag und Simultanspiel stattfindet.

Sport-Club „Felsenfest 01". Freitag, den 18. April, findet die Uebungsstunde, vormittags von 9—11 Uhr statt. Insbesondere werden die Sportgenossen, welche an den Ringer-Freiübungen und schwedischen Uebungen teilnehmen, ersucht, zu erscheinen. Anschließend Vorstandssitzung im Vereinslokal Matthiasstraße 182.

Aus aller Welt.

Vier Eisenbahner überfahren.

Vergangene Nacht wurden zwischen dem Lehrter Bahnhof und Bahnhof Bellevue der Berliner Stadtbahn vier Eisenbahnarbeiter von einem Personenzug überfahren und getötet. Die Arbeiter hatten, da sie sich verspätet und ohne Aufsicht an die Arbeitsstätte begaben, von dem Herannahen des Zuges keine Kenntnis.

Schneetreiben in ganz Deutschland.

In den letzten Tagen ist auf dem Hochschwarzwald Schneefall eingetreten. Am Sonntag abend setzte ein Schneesturm ein. Die Schneedecke beträgt ungefähr 2½ Meter.

* * *

Sonnabend nacht trat in Oberschlesien starker Schneefall ein. Die Schneedecke beträgt mehrere Zentimeter. Der Telephonverkehr ist teilweise unterbrochen.

Eine Filmexpedition nach Kamtschatka.

Noch in diesem Frühjahr soll von Stockholm aus unter Leitung des cand. phil. René Malaise eine Expedition nach Kamtschatka abgehen, deren Dauer auf anderthalb Jahre berechnet ist. Hauptziel der Fahrt ist die Aufnahme von Filmen aus dem Volks- und Tierleben. Malaise, der schon früher mit einer Expedition Kamtschatka bereist hat, hofft auf reiche Ausbeute, besonders aus dem Leben der Tungusen, vielleicht auf eine Bilderserie im Stil des so erfolgreichen „Nanuk"-Films. Tungusen und Kamtschadalen bieten hierfür dankbare Objekte. Jene ernähren sich hauptsächlich mit Renntierzucht, Aufzucht von Pelztieren und Jagd, während die Kamtschadalen von Jagd und Fischfang leben. Der Wildreichtum Kamtschatkas ist außerordentlich groß. Es ist jetzt wohl das reichste Bärenland der Welt, ferner gibt es zahme und wilde Renntiere und Bergschafe in Mengen. Auch das Vogelleben ist sehr reich; wilde Schwäne und große Adler, darunter eine Art mit weißen Flügeln, kommen zahlreich vor. Malaise will ferner die Fahrt zu wissenschaftlichen Sammlungen ausnutzen, die für das schwedische Reichsmuseum bestimmt sind. — Als Frucht der letzten Kamtschatka-Expedition ist übrigens jetzt ein Seelöwen-Film aus Japan in Stockholm eingetroffen, der bei seiner Vorführung in der Anthropologischen Gesellschaft viel Beifall gefunden hat, und der wohl demnächst in den Kinos erscheinen dürfte.

Wasserstand

vom 14. April 1924.

Ratibor	2,67	Breslau (Unter-Pegel)	— 0,18
Krappitz	2,62	Ransern (Ober-Pegel)	4,02
Kosel	1,20	(Unter-Pegel)	4,21
Brieg (Mastenkran)	3,52	Dyhernfurth	3,27
Neissemündung (Ober-Pegel)	3,80	Treschen	1,93
Neissemündung (Unter-Pegel)	2,45	Wasserwärme + 5,4.	
Breslau (Ober-Pegel)	5,18		

Vereinskalender.

Freie Turnerschaft Breslau, 5. Abteilung. Die fällige Abteilungsversammlung findet bestimmt Dienstag, den 15. April, abends 9 Uhr, im Abteilungslokal, Oelsnerstraße 8, Stadt Waterloo, statt. Sämtliche Mitglieder, auch die passiven, haben zu erscheinen, da wichtige Tagesordnung.

Baugewerksbund Breslau, Fachgruppe der Töpfer. Wichtige Versammlung Mittwoch, den 16. April, nachmittags 5½ Uhr, Zimmer 7/8, Gewerkschaftshaus. Die Fachgruppenleitung.

Die Breslauer Kommunalpolitik.

Fünf Jahre sozialdemokratische Mehrheit.

II.

Im Oktober 1919 begannen die Debatten über die Finanznot der Stadt, die bis heut noch nicht abgeschlossen sind. Die Stadthauptkasse wies eine erhebliche Unterbilanz auf, da die Ausgaben mit der wachsenden Teuerung wuchsen, nicht aber die Einnahmen. Mit allen Mitteln suchten sich die Besitzenden vor dem Steuerzahlen zu drücken, und der Stadtkämmerer klagte:

„Wir haben eine große Anzahl „netter Leute", die sich so niedrig eingeschätzt haben, daß man Zwang anwenden mußte, ihr wirkliches Einkommen festzustellen. Ferner haben Vollziehungsbeamte erklärt, sie könnten in gewissen Revieren nur zu zweien arbeiten, infolge der großen Unsicherheit, ein Beweis, daß viele die Steuern nicht bezahlen wollen."

Von sozialdemokratischer Seite wurde dabei ein Reichsgesetz gefordert, um den reichen Drückebergern den Abzug zu verbieten. Ferner wurde verlangt, die Pachtverträge über die städtischen Güter einer Durchsicht zu unterziehen. Gegen böswillige Steuerdrückeberger wurden die schärfsten Maßnahmen gebilligt. Dagegen müsse man denen, die ihre Steuern zahlen wollen, aber aus Not um Stundung bitten, solche auch gewähren.

Nach vierteljährlicher Amtszeit erstattete der Wohnungskommissar seinen ersten Bericht. Er hatte in dieser Zeit 6031 Wohnungen besichtigen lassen. Einschließlich der möblierteen Zimmer waren 1201 Wohnungen freigemacht worden, während weitere 1578 Wohnungen erst einen Umbau erforderlich machten.

Wegen Kohlenmangel oder ungeeigneter Kohle kam im Oktober 1919 das städtische Elektrizitätswerk mehrfach zum Stillstande. Es kam vor, daß die Straßenbahn mitten in der Fahrt stehen blieb. Werke, die auf Elektrizität von der Stadt angewiesen waren, mußten stillstehen. Das Gas mußte durch Sperrstunden noch schärfer rationiert werden. Bei der Stadtverordnetensitzung am 16. Oktober war der Sitzungssaal ungeheizt. Die Stadtväter saßen in ihren Mänteln und froren. Auch die verschiedenen Ausschußsitzungen mußten in ungeheizten Räumen stattfinden. Trotzdem lebte der Glaube an bessere Tage fort. Was in der Kriegszeit nicht umgekommen war, sollte erhalten bleiben, und so bewilligten die frierenden Stadtväter 11 000 Mark, um die herrliche Rhododendronanlage im Ausstellungsgelände durch Umpflanzen zu retten, und damit zugleich dem notleidenden Gärtnerberuf ein wenig zu helfen.

In diesen Tagen wurde auch die gemeinnützige „Holznot G. m. b. H." ins Leben gerufen und mit einem städtischen Anteil von 51 000 Mark finanziert. Ihre Aufgabe war, aus den städtischen Waldungen Brennholz heranzuschaffen, um auch dadurch den Mangel an Heizstoffen zu mildern.

Am 26. Oktober wurde im Saale des Konzerthauses die Breslauer Volkshochschule feierlich eröffnet.

Am 30. Oktober erfolgte in Breslau endlich die Wahl der unbesoldeten Stadträte nach dem Verhältniswahlsystem. Die sozialdemokratische Liste erreichte neun Sitze. Gewählt wurden die Genossen Neukirch, Wittke, Ziegon, Landsberg, Georg Frey, Frau Friedländer, Senk, R. Hahn und Georg Cohn. Das Zentrum erhielt drei, die Deutschnationalen zwei Sitze. Die Liberalen, die bis dahin fast alle unbesoldeten Stadtratssitze innehatten, verloren deren acht und behielten ebenfalls zwei.

Zur Unterbringung städtischer Büros wurde dem Bau von Baracken auf dem Blücherplatz und am Neumarkt zugestimmt, um Wohnungen frei zu bekommen.

Ein denkwürdiger Tag war der 3. November 1919. An diesem Tage gab es in Breslau zum ersten Male wieder richtiges Brot. Das Kriegsbrot mit Kartoffelzusatz konnte abgeschafft werden.

Anfang Dezember 1919 unternahm die Fraktion den ersten Vorstoß in der Richtung der Einheitsschule. In einem Dringlichkeitsantrage forderte sie, daß Ostern 1920 mit dem Abbau der Vorschulen an den höheren Schulen begonnen werde.

Zur Förderung der Begabten aller Stände wurde die Zahl der Freistellen an den höheren Schulen von 11 auf 15 Prozent erhöht.

Gegen Mitte Dezember 1919 kehrten in großer Zahl die Kriegsgefangenen heim. Zu ihrem Empfange und ihrer Verpflegung wurden 60 000 Mark bewilligt.

Am 19. Dezember 1919 beantragte die Fraktion den Ausbau der städtischen Holzspalteanstalt, um mehr Erwerbsbeschränkten Arbeit zu gewähren.

Gegen verfassungsfeindliche Tendenzen aller Art und drohende Plünderungen wurde im Dezember 1919 im Zusammenwirken der Stadt und der Gewerkschaften eine Einwohnerwehr geschaffen.

In der ersten Sitzung des Jahres 1920 wurde ein Ausschuß von je fünf Hausbesitzern und Mietern zur Einführung einer Höchstgrenze für Mietssteigerungen gebildet. Es verdient hervorgehoben zu werden, daß sich der Hausbesitzersyndikus Dr. Bujakowski von den Deutschnationalen als Mietervertreter in diesen Ausschuß wählen ließ, und dort die rabiatesten Wünsche der Hausbesitzer vertrat, während umgekehrt die sozialdemokratischen Hausbesitzer Koschik und Theodor Scholz in diesem Ausschuß stets die Rechte der Mieter wahren halfen.

Schon vor dem Kriege wurden ständig Klagen laut über die große und ständig wachsende Zahl der Kneipen in Breslau. Besonders zahlreich kamen die Klagen aus dem Gastwirtsgewerbe selbst, das durch die wachsende Konkurrenz fast erdrückt wurde. Die sozialdemokratische Mehrheit fand, daß mit den Schankkonzessionen sogar ein schwunghafter Handel getrieben wurde, so daß manche Gasthäuser in kurzer Zeit mehrmals den Besitzer wechselten. Da wurde im Februar 1920 eine Schankerlaubnissteuer eingeführt und vom Stadtausschuß verlangt, daß neue Konzessionen nur noch bei einem deutlich nachgewiesenen Bedürfnis erteilt werden. Seitdem ist die Zahl der Kneipen in Breslau ständig zurückgegangen, was die Bevölkerung und das ehrliche Gastwirtsgewerbe nur begrüßen kann. Natürlich war der deutschnationale Bujakowski im Interesse der Besitzer von Häusern mit Kneipgelegenheit entschieden gegen diesen Abbau.

Am 13. März 1920 und die folgenden Tage wurde die Breslauer Bevölkerung mit Mord und Mißhandlung „national" regiert. Es waren die Tage des Kapp-Putsches, die der Stadt viele Millionen Schaden gebracht haben. Die Stadtverwaltung hat Schulter an Schulter mit der Arbeiterschaft den Kampf mit dem nationalen Verbrechertum bis zum Erfolge geführt. In den städtischen Betrieben wurde der Generalstreik prompt durchgeführt. Aber einzelne Beamte haben es mehr oder weniger deutlich mit den Kappverbrechern gehalten. Die Partei verlangte, beim ersten Zusammentreten nach dem Putsch, daß der Magistrat sofort alle städtischen Beamten aus ihren Stellungen entferne, die im Dienst der verfassungswidrigen Putschregierung in irgend einer Art tätig waren. Ferner wurde der Magistrat ersucht, zum Schutze der Stadt sofort darauf zu dringen, daß in Breslau alle des Hochverrats Schuldigen strafrechtlich und zivilrechtlich verfolgt, und wegen des großen Unglücks, das sie über die Stadt gebracht haben, zur Rechenschaft gezogen werden. Vom Magistrat wurde beides zugesagt, aber anstatt kräftig zuzufassen, um den Stall zu säubern, wurden peinliche Untersuchungen geführt, bei denen wenig herauskam. Die schuldigen Beamten stellten sich dümmer als sie waren, und das blütenweiße Unschuldskleid der Ahnungslosigkeit schützte sie vor dem Hinauswurf. Paragraph 51, verminderte Zurechnungsfähigkeit, dürfen ja unsere Nationalisten auch mit einem gewissen Recht für sich beanspruchen. Aber kann die Stadt Beamte brauchen, die politisch so ungeschult sind, daß sie nicht einmal die Regierung kennen, der sie ihren Eid geleistet haben? Dem Umstande, daß der Magistrat im Gegensatz zur Stadtverordnetenversammlung eine bürgerliche Mehrheit aufwies, ist es zuzuschreiben, daß der im ganzen pflicht- und verfassungstreue Beamtenkörper der Stadt nicht von den vereinzelten schädlichen Elementen gesäubert worden ist. Sitzt doch im Magistrat sogar ein Stadtrat, Herr Tobler, dessen göttliche Ahnungslosigkeit so weit gegangen war, daß er einem streikenden Beamten schrieb:

„Wir fordern Sie auf, sofort Ihren Dienst wieder anzutreten, und werden Ihnen, dem Gesetz entsprechend, für die Zeit Ihres Ausbleibens das Gehalt kürzen. gez. Tobler."

Herr Tobler saß deshalb eine Weile ziemlich wackelig auf seinem Stadtratsposten, aber schließlich ist auch ihm verminderte Zurechnungsfähigkeit zum Heil geworden. Und gerechterweise muß man schon zugeben, daß ein einfacher Beamter dasselbe Recht auf Dummheit erheben darf, als ein Stadtrat.

Schlimmer noch als beim Magistrat endete die Untersuchung gegen die Kappisten bei den Gerichten. Die Mörder wurden nicht gefunden und die Justiz hängt keinen, den sie nicht hat.

Auf dem neuen Teil des Oswitzer Friedhofes wurde eine Begräbniskapelle gebaut, ohne die bis dahin die Leidtragenden bei schlechtem Wetter den schwersten, gesundheitlichen Gefahren ausgesetzt gewesen waren.

Im ehemaligen Kaiserlichen Kinderheim in der Gräbschener Straße wurde ein Wöchnerinnenheim eingerichtet.

Für die Errichtung einer Wassergasanlage im Gaswerk 3 wurden 1 200 000 Mark bewilligt.

In der Nähe der Kürassierstraße wurde eine städtische Schrebergartenanlage geschaffen.

Am 1. April 1920 gab es in Breslau 9000 Wohnungssuchende. Der Magistrat legte deshalb ein Ortsstatut über die Zwangseinquartierung vor. Dieses Ortsstatut wurde mit allen sozialdemokratischen Stimmen angenommen. Zentrum und Demokraten stimmten teils dafür, teils dagegen. Die Deutschnationalen waren gänzlich dagegen, und ihr Dr. Bujakowski gab in der Versammlung öffentlich Ratschläge, wie man die Zwangseinquartierung sabotieren könne, welch ungeheure Unverschämtheit entrüstete Rufe „Pfui Teufel!" auf der Linken und im Zuhörerraum auslöste.

Im Juni 1920 wurde die Ausschreibung eines Wettbewerbs zur Erlangung eines Generalbebauungsplanes für Breslau und Umgegend beschlossen.

Um diese Zeit war die Leiche Bernhard Schottländers gefunden worden, den die Kappisten ermordet hatten. Mit allen sozialistischen gegen alle bürgerliche Stimmen wurde in der Stadtverordnetenversammlung vom 24. Juni beschlossen, die Beerdigung vormittags 11 Uhr vorzunehmen und die städtischen Betriebe zu schließen, um den städtischen Arbeitern die Möglichkeit der Teilnahme an der Beerdigung zu geben. Die Angehörigen Schottländers haben aber den Ermordeten schon am folgenden Tage in aller Stille beerdigen lassen, ohne daß vorher ein Termin bekanntgegeben wurde.

Vor Beginn der Sommerferien 1920 wurde von unserer Partei die Bereitstellung von Mitteln für den Landaufenthalt kränklicher und schwächlicher Kinder beantragt und dementsprechend beschlossen.

Die Deutschnationalen stimmten in diesem Jahre gegen den Haushaltsplan, weil die sozialdemokratische Mehrheit bei der Steuerbemessung „nicht gerecht gegen den Mittelstand", das heißt gegen Schwerindustrie, Großbanken und Bodenspekulanten, gewesen wäre.

Als erster besoldeter Stadtrat unserer Partei wurde am 8. Juli 1920 Genosse Neukirch gewählt.

Als Leiter des Arbeitsamts wurde vom Magistrat der Genosse Mücke einstimmig gewählt. Das entfesselte bei allen bürgerlichen Parteien der Stadtverordnetenversammlung einen lebhaften Sturm, denn nach ihrer Meinung darf die Arbeitsvermittelung nur durch Innungsleute, nicht aber durch Sozialdemokraten erfolgen.

Am selben Tage wurde in der Stadtverordneten-Versammlung zur Sprache gebracht, daß der Zentrumsrektor Schleier den Kindern seiner Schulklasse mit Entziehung der Quäkerspeisung gedroht hatte, falls sie Sonntags nicht zur Kirche gingen.

Zur Besserung der Finanzen wurde eine Herbergssteuer für Hotels usw. von 10 Prozent des Entgelts beschlossen.

Zur Erteilung von Schwimmunterricht für die Schuljugend wurden 8000 Mark und als Beihilfe zur Einrichtung für Jugendherbergen 1000 Mark bewilligt.

Der 26. August 1920 war für Breslau ein schwarzer Tag. Nationalistischer Wahnsinn tobte sich aus. Das polnische Konsulat und das französische Konsulat wurden zerstört, Hotelzimmer erbrochen und ein Warenhaus geplündert. Der Stadt und der Bürgerschaft wurde dadurch ein ungeheurer Schaden zugefügt. Während der Plünderungen war gerade Stadtverordnetensitzung. Die deutschnationalen Stadtväter verließen die Sitzung und begaben sich auf den Kampfschauplatz. Genosse Frey, der dieses Verhalten scharf rügte, wurde dann von den Deutschnationalen wegen formeller Beleidigung verklagt und später vom Gericht zu 600 Mark Geldstrafe verurteilt.

Für unbemittelte Lungenkranke wurden 100 000 Mark bewilligt.

Die Arbeitslosenziffer war Ende August 1920 in Breslau auf über 20 000 gestiegen. Der Magistrat forderte schleunigst die Bewilligung von vier Millionen Mark als Zuschuß zu den Kosten für neue Kleinwohnungen der Siedlungsgesellschaft, um den Arbeitsmarkt zu helfen. Die Sozialdemokraten wollten den Betrag sofort bewilligen, die Bürgerlichen aber, denen der gemeinnützige Wohnungsbau ein Greuel ist, erzwangen die Verschleppung durch Ausschußberatung, indem sie die Versammlung durch Verlassen des Saales beschlußunfähig zu machen suchten. Eine Woche später wurden die vier Millionen bewilligt.

Bei der Beratung über die Verstärkung von Planstellen bei der Verwaltung der Friedhöfe wurde von den Sozialdemokraten die Kommunalisierung des Bestattungswesens angeregt, was später zur Errichtung des städtischen Bestattungsamtes führte.

Auf sozialdemokratischen Dringlichkeitsantrag wurde den Erwerbslosen die kostenfreie Benutzung der Lesehallen eingeräumt.

Das Wohlfahrtsamt erhielt neue Satzungen, wodurch die Wohlfahrtspflege wesentlich verbessert, und ihr der Ruf der Armenfürsorge genommen wurde. Im Hauptausschuß erhielt das Gewerkschaftskartell Breslau zwei Vertreter, und der Reichsbund der Kriegsbeschädigten und Kriegerhinterbliebenen ebenfalls zwei Vertreter.

Bei Schaffung einer Erwerbslosenfürsorgeordnung wurde von sozialdemokratischer Seite die Forderung der produktiven Erwerbslosenfürsorge vertreten.

Am 7. Oktober 1920 wurde Genosse Dr. Landsberg zum besoldeten Stadtrat gewählt.

Zur Teilung zu großer Wohnungen, von denen Räume vom Wohnungskommissar beschlagnahmt waren, wurden 1 Million Mark Baukosten und zur Herstellung von Not- und Dauerwohnungen 2 Millionen Mark bewilligt.

Im Oktober 1920 wurden der Stadt Breslau vom Staate 1,2 Millionen Mark zur Durchführung einer besonderen Fürsorge für langfristige Erwerbslose überwiesen. Von der Stadt wurden noch 210 000 Mark hierzu bewilligt.

Um die Arbeitslosigkeit zu mildern wurden 4 Millionen Mark für Notstandsarbeiten bewilligt, von welchem Betrage damals etwa 50 000 Arbeitstage bezahlt werden konnten.

Zur Untersuchung von Mißständen in städtischen Betrieben wurde auf sozialdemokratischen Antrag eine besondere Deputation von drei Magistratsmitgliedern, neun Stadtverordneten und neun Bürgerdeputierten eingesetzt. Als Bürgerdeputierte wurden je drei Arbeiter, Angestellte und Beamte gewählt.

Am 13. Januar 1921 wurde die Einrichtung von Berufskontrollkommissionen zu Preisprüfungszwecken beschlossen.

Am 27. Januar übernahm die Stadt Breslau durch Stadtverordnetenbeschluß die Patenschaft über die Kreisgruppe Gleiwitz der Vereinigten Verbände heimattreuer Oberschlesier.

Mit dem Stadtkämmerer erlebte die sozialdemokratische Fraktion um diese Zeit mehrfach scharfe Konflikte. Den aus der Not geborenen Vorlagen suchte der Kämmerer mehrfach eine Begründung zu geben, die sich die Partei nicht gefallen lassen konnte. So wurde eine Gaspreiserhöhung mit „Lohnzulagen an die städtischen Arbeiter" begründet, obwohl die Löhne der städtischen Arbeiter nicht über die Löhne in der Privatindustrie hinausgingen. Ein erhöhter Zuschuß an das Stadttheater sollte „aus der Gewerbesteuer" bestritten werden. Nachdem sich unsere Genossen gegen solche Mätzchen entschieden verwahrt hatten, durch die der Kämmerer „zur Sparsamkeit anregen" wollte, die aber geeignet waren, die Gesamtpolitik der sozialdemokratischen Mehrheit in den Augen urteilsloser Leute herabzusetzen, kam es im Ausschuß zu schweren Zusammenstößen, als sich zeigte, daß sich der Kämmerer über das finanzielle Ergebnis des laufenden Jahres so stark getäuscht hatte, daß weder die Gaspreiserhöhung, noch die Erhöhung der Gewerbesteuer notwendig war. Der Kämmerer reichte deshalb sein Entlassungsgesuch ein, das aber vom Magistrat nicht genehmigt wurde. Auch unserer Partei lag nichts daran, den noch arbeitsfähigen Kämmerer zu pensionieren, sie verlangte nur von ihm ein sachliches Verhalten.

Am 24. Februar 1921 setzte ein ungeheures bürgerliches Kesseltreiben gegen den Stadtbaurat Berg ein, dessen Widerwahl auf der Tagesordnung stand. Die Leute, die Berg seinerzeit nach Breslau geholt hatten, fanden kein gutes Haar mehr an ihm, weil er der Sozialdemokratischen Partei beigetreten war. Stadtbaurat Berg wurde von der sozialdemokratischen Mehrheit wiedergewählt, während die bürgerlichen Parteien ihre Stimmen auf den bisher unbesoldeten deutschnationalen Stadtrat Beck vereinigten. Dieselbe bürgerliche Hetze ist jedesmal losgebrochen, wo es sich um Sozialdemokraten handelte, ganz gleich für welche Stellen sie in Betracht gezogen wurden.

Ganz in diese Zeit einer besonders schmutzigen Sozialistenhetze, die im Zeichen der Wahlbewegung in Preußen stand, paßte auch die Geschichte vom „Teppich des Genossen Ziegon". Als Ziegon sein Amt als unbesoldeter Stadtrat antrat, war sein Ratssekretär der Meinung gewesen, daß Ziegon bei seiner Arbeit ebensowenig an die Füße frieren dürfe, als andere Stadträte, deren Amtszimmer zum Teil recht kostbar ausgestattet waren. Er hatte deshalb den Fußboden mit einer Matte aus Fasergeflecht belegen lassen, die 8000 Papiermark gekostet hatte. Der Kämmerer, der sonst im Winter auch auf warme Füße bei der Arbeit hält, mischte sich der Kosten wegen ein, worauf Ziegon, der mit der ganzen Anschaffung gar nichts zu tun gehabt hatte, erklärte, er werde den Teppich selbst bezahlen. Später sagte er dem Oberbürgermeister, der Teppich sei bereits bezahlt, in Wirklichkeit war er aber zu Hause in seiner Abwesenheit noch nicht bezahlt worden, und die Bezahlung erfolgte einige Tage später. Es saß nun eine Dreckseele im Magistrat, die herausfand, Ziegon hätte gegenüber dem Oberbürgermeister „unwahre Angaben" gemacht. So wurde nun ein hochnotpeinliches Disziplinarverfahren eingeleitet, das sich länger als 1½ Jahre hinzog und im Oktober 1922 mit einer kleinen Ordnungsstrafe von 90 Mark endigte. Auf so lange Zeit aber war der fleißige und tatkräftige sozialdemokratische Stadtrat durch diese schuftige Gemeinheit in der Ausübung seines Amtes verhindert.

Am 14. April 1921 wurde gegen den Widerstand der bürgerlichen Parteien und der Interessenten an der geschäftlichen Ausbeutung von Todesfällen die Einrichtung eines städtischen Bestattungsamts beschlossen. Ein einziger bürgerlicher Stadtverordneter, der als Arzt wohl oft Gelegenheit hatte, die Gewinnsucht der Bestattungsunternehmer aus den Klagen der mittellosen Hinterbliebenen kennen zu lernen, stimmte mit den Sozialdemokraten für ein städtisches Bestattungsamt, bei dem niemand ausgebeutet, oder zu Geldausgaben überredet wird, die über seine Kräfte hinausgehen.

Für die Unterbringung erholungsbedürftiger Kinder auf dem Lande wurden 200 000 Mark bewilligt.

Am 28 April 1921 wurden 28 Millionen Mark zur Förderung des Siedlungsbaues bewilligt.

Eine verbesserte Gewerbesteuerordnung wurde um diese Zeit geschaffen. Von 21 000 Gewerbebetrieben blieben 18 000 steuerfrei. Für die noch als steuerpflichtig verbleibenden 3000 Betriebe wurde eine Staffelung der Steuer beschlossen, durch die eine wesentliche Ermäßigung für die Kleingewerbetreibenden gegenüber der früheren Steuerordnung und eine um so kräftigere Heranziehung der Großbetriebe und Großbanken erfolgte.

Eine Anerkennung des Gegners lag darin, daß die Partei in den ersten beiden Jahren die Behandlung des Haushaltsplanes dem ehemaligen bürgerlichen Berichterstatter überließ. Auf die Dauer war das aber nicht möglich, ohne daß die Partei dadurch moralische Einbuße erlitten hätte. So wurde am 2. Juni 1921 zum ersten Male der Haushaltsplan parlamentarischer Gepflogenheit gemäß von einem Angehörigen unserer Mehrheitspartei vertreten, und selbstverständlich wurde dies von bürgerlicher Seite als eine „beabsichtigte Kränkung des bisherigen bewährten Statsreferenten" angesehen. Das half aber nichts; die Partei konnte auf die Ausübung von Rechten und Pflichten aus Gründen der Gefälligkeit nicht dauernd verzichten.

(Schluß folgt.)

HALPAUS' RARITÄT — Die unübertroffenen Qualitäts-Cigaretten

Familien-Anzeigen

Als in Blütejahren frisch und rosenrot
Deine Wangen waren, holte Dich der Tod.

Nach 3 Monate langem, schwerem Leiden starb am 11. April unser lieber Turngenosse

Kurt Gorka

im blühenden 16. Lebensjahre.

Wir verlieren in ihm trotz seiner Jugend einen pflichttreuen Turngenossen und werden sein Andenken stets in Ehren halten.

4. Männer-Abteilung, Freie Turnerschaft Breslau.

Beerdigung: Dienstag, den 15. April, nachmittags 4 Uhr, vom Wenzel-Hanckeschen Krankenhause aus. 3046

Dienstag, 15. April, abends 8 Uhr:

VORTRAG

des Professors Dr. Ludwig Quidde-München

über das Thema:

Der Kampf um Deutschlands Recht

im großen Saale der Neuen Börse, Graupenstraße.

Eintritt 30 Pfennige.

Deutsche Friedensgesellschaft, Arbeitsgemeinsch. Schlesien. Internationale Frauenliga für Frieden und Freiheit, Ortsgruppe Breslau. Liga für Völkerbund. 3019

Ein Ostergeschenk

sind — soweit Vorrat — meine Preise!

Zahnpulver . . .	Schachtel	20 Pf.
Hautcrême	im Topf	20 Pf.
2 Bogen Salicylsäure-Papier		5 Pf.
2 Beutel Braun'sche Stoffarben		25 Pf.
500 Tabletten Süßstoff . . .		50 Pf.
Tafelschwämmchen	von	2 an
1 großer Beutel Quillaja-Rinde		10 Pf.
1 großer Beutel Ofenschwärze		5 Pf.
Birkenhaarwasser	Flasche	20 Pf.
Toilette-Essig		20 Pf.

Hygien. u. chirurg. Bedarf

Plattfuß-Einlegesohlen		50 Pf.
Bruchbänder		100 Pf.
Fieberthermometer	80 u.	100 Pf.
Irrigator-Schlauch		60 Pf.
Irrigator (Hartgummi-Garnitur)		35 Pf.
Irrigator-Salz . . .	3 Beutel	10 Pf.
Irrigator (komplett)		115 Pf.
Mutterrohr aus Glas		10 Pf.
Verbandgaze	Pack	15 Pf.
Packwatte	(nicht Zellstoff) 100 g	20 Pf.
Monatsbinden	3teilig, gestrickt	35 Pf.
Cambric-Binden	. . 6 cm	15 Pf.
Körper- u. Schweißpuder	in Schachteln	10 Pf.

Frauenduschen, Klysos usw. weit unter Tagespreis.

Amandus Englisch

Apotheker 3031

Kaiser-Brauerei, Gartenstraße 97.

Um allen Schichten der Bevölkerung Gelegenheit zu geben, für Ostern **gutes, billiges Mehl** zu kaufen, verkaufen wir

Dienstag 15. 4. — Mittwoch 16. 4. — Donnerstag 17. 4.

nur soweit der Vorrat reicht.

Diese billigen Preise gelten nur diese drei Tage!

Wir führen nur beste Qualitäten!

Wiener Auszug-Grießmehl beste Qualität, stadtbekannt,	1 Pfd.	18 ₰
„ „ „	10 Pfd.	1.75
Pa. Weizenmehl 000	1 Pfd.	14 ₰
„ „ „	10 Pfd.	1.35
Roggenmehl 70%	1 Pfd.	12 ₰
Pa. Roggen-Weizen Kleie	1 Ztr. 4.80 ℳ	Quetschhafer ständig am Lager

Umtausch von Getreide in prima Mehl und Graupe.

Die Preise sind ohne Rabatt.

Hausfelder & Co.

Rosenthaler Mehlniederlage

Bismarckstr. 37 — Gröbschenerstr. 91
Tauentzienstr. 198 — Lohestr. 57
Westendstr. 53/55

Moderne **Sprechapparate** von größter Tonschönheit

— allerneueste —

Schallplatten in größter Auswahl 2919

Violinen :-: Lauten
Mandolinen :-: Zithern etc.

vom Guten das Beste zu mäßigen Preisen

im **Musik-Haus Melzer**

BRESLAU
Friedrich-Wilhelm-Straße 36
Tel. Ring 7181 Ecke Dessauerstr. Tel. Ring 7181

Wir empfehlen:

Geschichte der Revolutionen

vom niederländischen Aufstand bis zum Vorabend der französischen Revolution

(2 Bände, Großformat, elegant in Halbleinen, 785 Seiten mit 407 wertvollen Bildern und Dokumenten aus der Zeit) zusammen statt 20.— Mk.

= nur 12.— Mk. =

Auf Wunsch bequeme Teilzahlung.

Volkswachtbuchhandlung Modernes Antiquariat
Breslau III, Neue Graupenstraße 5/7.

Herren-Mäntel
Anzüge 2971
Hosen, Breeches
neue Schuhe
Arbeiter-Schuhe
und Stiefel
verkauft billig
Zentral-Leihhaus
Bruno Grundmann,
Klosterstr. 28, I.

Druckerei Volkswacht
fertigt moderne Drucksachen
Breslau 2 Flurstraße 4/6

Parteifreunde
kauft an Bahnhöfen, verlangt in Hotels, Restaurants, Cafés stets die
Volkswacht

Wiederverkäufer
und Hausierer für Alpaka-Bestecke gesucht. Offerten unt. St. 355 Geschäft. d. Ztg.

Braut- u. Landleute!
Bei Bedarf von **Möbeln** jeglicher Art wende man sich an den 2849
Volksspeicher
Einlagerungsstelle Berliner Straße 9.

Wohnungen

Schönes 3026
2-fenstrig. Zimmer
mit Küchenben. in Scheitnig bald zu vermieten. Angebote unter St. 354 an die Geschäftsstelle dieser Zeitung.

Käufe

Kinderwagen auch defekt kauft stets Scholz, Lessingstr. 11

Garn Futterstoffe Leinwand kauft zu hohen Preisen (Posten extra Preise) Ida Frisch Lippert, Schweidnitz. 16.

Kinderwagen kauft stets Karlsstraße 1, Spezial-Werkstatt für Kinderwagen-Reparaturen.

Kleine Anzeigen

sind kompreß gesetzte einsp. Anzeig. v. Verkäufen, Kaufgesuchen u. s. nur von Privaten. Wort 1 Pfg., fett 2 Pfennige.

1 gebr. Herren-Fahrrad mit Freilauf verkauft Daniel, Nikolaistr. 51, 2. Stg. 3033

Für die Haarwäsche

sind **LUX** Seifenflocken hervorragend geeignet. Sie wirken anregend auf die Kopfhaut und machen das Haar locker und seidig.

LUX SEIFENFLOCKEN

DER SUNLICHT-GESELLSCHAFT A.-G. MANNHEIM-RHEINAU

Kulturhistorische Romane

geben in angenehm unterhaltender Form die beste kulturgeschichtliche Belehrung.

In billiger Volksausgabe, solange Vorrat

(Pro Band **2.60 Mk.** Halbleinen mit Goldschrifttitel) haben wir zurzeit vorrätig:

Artzibaschew: Ssanin.
Boccaccio: Dekameron.
Brachvogel: Friedemann Bach.
Bulwer: Die letzten Tage von Pompeji.
Bulwer: Rienzi.
Casanova: Abenteuer.
Cooper: Der rote Freibeuter.
Dostojewski: Raskolnikoff.
Dickens: David Copperfield.
Dumas: Der Graf von Monte Christo.
Dumas: Der Herr der Welt.
„ Zehn Jahre nachher.
„ Zwanzig Jahre nachher.
„ Drei Musketiere.
„ Die Millionenbraut.
„ Die Totenhand.
„ Das Halsband d. Königin.
Dumas: Die Dame m. d. Kamelien.
„ Lady Hamilton.
Victor Hugo: Der Glöckner von Notre Dame.
Victor Hugo: Die Elenden.
Jakobsen: Niels Lyhne.
Lagerlöf: Gösta Berling.
„ Jerusalem.
Nathusius: Elisabeth.
Ratcliffe: Puebla.
„ Nena Sahib.
Sue: Geheimnisse von Paris.
„ Der ewige Jude.
Tolstoi: Auferstehung.
„ Kreuzersonate, Kosaken.
Wallace: Ben Hur.
Wilde: Bildnis der Dorian Gray.
Zola: Paradies der Damen.

Bei Bezug mehrerer Bände auf einmal bequeme Teilzahlung gestattet.

(Auswärts 40 Pf. Versandspesen extra.)

Der Vorrat dieser Bände ist begrenzt; es empfiehlt sich daher baldige Bestellung.

Volkswacht-Buchhandlung

Mod. Antiquariat

Breslau III, Neue Graupenstraße 5.

Arbeitsmarkt

Gelernter elektr. Schweißer 2963
per bald gesucht.
Ausführl. Off. erbeten unter St. 352 an die Exped. d. Ztg.

Erfahrener Heizungsmonteur
selbständig arbeitend, zuverlässig, gelernter Facharbeiter, sofort gesucht. Offerten unter St. 356 an die Expedition der Volkswacht. 3507

Steinmetzlehrling
mit Ausbildung für Schrift und Marmor bei 3 Mark Anfangslohn gesucht.
Thust, 3026
Kaiser Wilhelmstr. 34.

Männer zum Pelzeklopfen,
mit der elektrischen Klopfmaschine vertraut, melden sich bei
M. Boden,
Ring 38. 3516

Tüchtige Maler
können sich melden 3506
Oeffentlicher Arbeitsnachweis Breslau
Gartenstraße 5, III, Zimmer 72.

Tüchtige Garniererinnen 3503
und
Fantasiehutarbeiterinnen
finden sofort lohnende Beschäftigung.
Gebrüder Heymann, Hutfabrik
Breslau, Klosterstraße 80.

Saubere Hosennäherinnen
können sich melden bei 3032
Jahnel, Große Groschengasse 6, 3. Etage.

Nur tüchtige
Näherinnen
mit Probearbeit bei hohen Löhnen gesucht. 3020
Schramm, Tauentzienstr. 44
(Gartenhaus).

Buchhandlung Volkswacht Modernes Antiquariat
Breslau 3 — Neue Graupenstraße 5